

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Versandstelle: Charlottenburg 1, Brahestraße 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5546 und 5547

Nummer 44

Berlin, den 3. November 1928

3. Jahrgang

Besprechung über das Schlichtungswesen.

Die seit Monaten angekündigte Besprechung des Reichsarbeitsministers mit den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden hat am 16. Oktober stattgefunden. Anlaß zu dieser Besprechung haben die vielen Kritiken gegeben, die seit Jahren gegen das Schlichtungswesen und insbesondere gegen die Verbindlichkeitsklärung gerichtet worden sind. Der Reichsarbeitsminister wollte aus dem Munde der Vertreter der beiderseitigen Vereinigungen hören, wie sie sich grundsätzlich zum Schlichtungswesen und der Verbindlichkeitsklärung stellen.

Zu der Aussprache hatten sämtliche Spitzenorganisationen Vertreter entsandt, insbesondere waren die Vertreter der Spitzenorganisationen der Arbeitgeber überaus zahlreich erschienen.

Der Sprecher der Arbeitgeberverbände betonte, die deutschen Arbeitgeberverbände wären durchaus bereit, mit den Gewerkschaften Tarifverträge abzuschließen, sie wären auch bereit zu ernsthaften verantwortungsvollen Verhandlungen über den Abschluß bzw. den Neuabschluß von Tarifverträgen. Jedoch legen die Arbeitgeberverbände außerordentlichen Wert darauf, daß die Tarifverträge nur in freien Verhandlungen abgeschlossen werden. Die Verbindlichkeitsklärung, also der staatliche Zwang, sei dem Verantwortlichkeitsgefühl beider Parteien, besonders aber den wirtschaftlichen Notwendigkeiten überaus abträglich.

Von den Vertretern sämtlicher Spitzenorganisationen der Gewerkschaften wurde übereinstimmend betont, daß auch sie die freien Verhandlungen durchaus dem staatlichen Eingreifen und der Verbindlichkeitsklärung vorziehen. Die tatsächlichen Erfahrungen hätten jedoch ergeben, daß das Verantwortlichkeitsgefühl und die Verhandlungsbereitschaft der Arbeitgeberverbände durchaus noch nicht so weit gediehen sei, daß man auf die Mitwirkung des Staates beim Abschluß von Tarifverträgen und auf die Verbindlichkeitsklärung verzichten könne. Die staatspolitische Seite des Problems der Verbindlichkeitsklärung wurde von den Gewerkschaften nicht angeknüpft. Es wurde vielmehr betont, daß das Schlichtungswesen und die Verbindlichkeitsklärung den Parteien genügende Freiheit für die Durchsetzung ihrer Forderungen lassen müsse. Der Staat dürfe, soweit nicht dringende Interessen des Allgemeinwohls dies erfordern, in die Maßnahmen und die Arbeitskämpfe zwischen starken Gegnern nicht eingreifen. Dagegen müsse die Verbindlichkeitsklärung nach wie vor in allen denjenigen Fällen erfolgen, wo sie aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen notwendig ist. Was in diesem Sinne „notwendig“ bedeute, lasse sich keineswegs schematisch abgrenzen, weil diese Notwendigkeit sich eben nur aus den Erfordernissen des Wirtschafts- und Arbeitslebens ergebe. Dagegen müsse die Verbindlichkeitsklärung insbesondere dann ausgesprochen werden, wenn etwa Arbeitgeberverbände sich grundsätzlich überhaupt gegen den Abschluß von Tarifverträgen wenden oder dann, wenn sozial schwache Gruppen außerstande sind, durch Arbeitskämpfe den Widerstand der Arbeitgeberverbände zu brechen.

Reichsarbeitsminister Wissell konnte am Schluß der Aussprache zusammenfassend feststellen, daß weder die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften noch diejenigen der Arbeitgeberverbände grundlegend die Abschaffung der Verbindlichkeitsklärung verlangen. Um den berechtigten Wünschen der Parteien nach weitestgehender Freiheit beim Abschluß von Tarifverträgen entgegenzukommen und um das Verantwortlichkeitsgefühl beider Parteien zu stärken, sei es notwendig, die Schlichtungsordnung strenger als bisher durchzuführen. Das solle in der Hauptsache nach folgenden Grundsätzen erfolgen:

1. Die Behörden sollen die Parteien weitgehend bei der Vereinbarung tariflicher Schlichtungsinstanzen unterstützen. Die Behörden sollen das tarifliche Schlichtungswesen fördern.
2. Ein Schlichtungsverfahren auf Antrag einer Partei soll erst eingeleitet werden, wenn die antragstellende Partei vorher den ernsthaften Versuch unternommen hat, Verhandlungen über den freiwilligen Abschluß eines Tarifvertrages mit der Gegenpartei durchzuführen, dieser Versuch jedoch entweder infolge Nichteinigung der Parteien oder infolge des grundsätzlichen Widerstandes der anderen Partei gescheitert ist.
3. Die Einleitung eines beantragten Schlichtungsverfahrens soll mit eingehenden und ernsthaften Einigungsverhandlungen vor dem Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses oder dem Schlichter beginnen.
4. Mit der Einladung der Parteien zu diesen Einigungsverhandlungen soll nicht gleichzeitig die Einladung zu den eigentlichen Schlichtungsverhandlungen vor der Kammer verbunden werden. Vielmehr soll erst nach Scheitern der Einigungsverhandlungen der Termin für die Kammerverhandlungen bestimmt werden, der in der Regel ein bis zwei Tage später festgesetzt werden soll, um den Parteien nochmals Gelegenheit zu geben, sich etwa in freien Verhandlungen zu verständigen und um den Schlichtungsausschussvorstehenden bzw. dem Schlichter die Möglichkeit zu geben, sich eingehend mit den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen der Berufe bzw. Industriezweige, in denen der Streit entstanden ist, zu befassen.
5. Bei der Bildung der Schlichtungskammer bzw. der Schlichterkammer sollen die Schlichtungsausschussvorsitzenden bzw. die Schlichter darauf hinwirken, daß die Beisitzer nicht oder wenigstens nicht ausschließlich aus dem Personenkreis

Steigende Konflikte zwischen Arbeitskraft und Kapital.

Vor fünfzig Jahren legte der junkerliche Diktator Bismarck der Arbeiterbewegung brutale Kesseln an, um ihren Befreiungskampf zu hemmen. Nach zwölfjähriger Auswirkung der drakonischen Maßnahmen fiel das Sozialistengesetz und die Macht Bismarcks zerbrach. Sein Gewaltregiment hatte ein Ende, weil natürliche Entwicklungsnotwendigkeiten nicht aufzuhalten waren.

Gegenwärtig gibt es keinen Bismarck mehr, der der Arbeiterbewegung mit mehr oder minder scharfen Gewaltmitteln entgegenzutreten könnte; deshalb versuchen es die deutschen Kapitalisten in ihrer Gesamtheit, den Vormarsch der organisierten Arbeiterschaft aufzuhalten. Sie können es nun nicht mehr mit Hilfe der Staatsorgane, wie einst Bismarck, aber sie sind nicht minder eifrig in ihrer Art und schrecken auch nicht vor den schärfsten Maßnahmen zurück. Die tonangebenden Vertreter der kapitalistischen Klasse in Deutschland, die Milten- und Walzwerkunternehmer, sowie die Textilindustriellen gingen bereits zum Angriff über und kündigten die Aussperrung ihrer Belegschaften an. Die Ankündigung soll eine Warnung, ein Schreck- und Einschüchterungsmittel sein, aber auch ein Hervorheben der Herrschaft der Unternehmer über die Wirtschaft und damit auch über die Arbeiterschaft.

Die Vertreter des Wirtschaftsfaktors Kapital wollen damit den ebenso notwendigen Wirtschaftsfaktor Arbeitskraft zeigen, daß sie ein Vorrrecht in der Wirtschaft haben, daß sie deswegen über den Faktor Arbeitskraft nach ihrem eigenen Ermessen bestimmen. Sie wollen zeigen, daß sie die Herren der Wirtschaft sind. Sie greifen zu dem Gewaltmittel Hunger, um die Arbeitskraft als Masse gefügig zu erhalten.

Sie tun das freilich nicht, weil sie persönlich an dieser Meinung Hunderttausender Gefallenen finden, sondern aus Gründen des Profits. Die Arbeitskraft hat sich organisatorisch zusammengeschlossen, ist eine zielbewusste, kampfbereite, vorwärtsdrängende Macht geworden, die sich nicht mehr mit Demonstrationen begnügt, sondern die bereits die wirtschaftliche Herrschaftsposition der Kapitalisten stark bedrängt, die aber auch das Vorrrecht des Wirtschaftsfaktors Kapital nicht mehr anerkennt und die Gleichberechtigung des Wirtschaftsfaktors Arbeitskraft im Produktionsprozeß, sowie im Staat und der Gesellschaft ernstlich erstrebt. Dadurch würde selbstverständlich die bisherige Macht des Kapitals eingeschränkt und das ist den Vertretern des wirtschaftlichen Herrschaftsbereichs sehr zuwider. Die Besitzer des Wirtschaftsfaktors Kapital und die Vertreter der Produktionsmittel haben gegenwärtig noch das alleinige Verfügungsrecht über die an sich freie Arbeitskraft, sie bestimmen noch über deren Bezahlung, Behandlung, Arbeitsleistung zum überwiegenden Teil. Sie dünken sich noch als die Wirtschaftsverantwortlichen.

Wie sie dabei verfahren, muß immer wieder öffentlich betont werden. Bei der notwendigen Umstellung auf neue industrielle Produktionsmethoden gehen sie ganz rigoros vor. Jahrzehntelang beschäftigt gewesene tüchtige Arbeitskräfte fliegen rüchichtslos, ohne Rückhalt zu haben, auf die Straße. Die Allgemeinheit muß die Mittel für die betroffenen Wirtschaftskörper aufbringen. Die noch den Betrieben Verbleibenden werden

in der unmenschlichsten Weise zur höchsten Leistung angetrieben. Jedes Mittel wird dabei angewandt. Die lärglichste Bezahlung wird gnädigst gewährt, selbst wenn die Leistungen ins Riesenhafte gestiegen sind. Auf das Wohl und Wehe der Profitbringer und ihrer Familien wird nicht die geringste Rücksicht genommen. Bei zeitbedingten Lohnforderungen werden die Lebensnotwendigkeiten fordernder Arbeitskräfte verhöhnt, in den Betrieben die Arbeiter und Arbeiterinnen schikaniert, bedrückt, bedroht und ausgebeutet, wie es höher nicht mehr geht. Auf diese Weise wird wichtiges Volksgut, was die Arbeitskraft in höchstem Maße ist, verwirrt, Volksgesundheit untergraben, die Kaufkraft der Massen geschwächt, Menschenrechte vorantreten und kulturelles Aufwärtstreben unterbunden. Das kapitalistische Profitstreben erstreckt, herrscht und verschlingt in seinem Wirken, ungebündelt die Kleinherlichkeit des einen Wirtschaftsfaktors Kapital aufrecht zu erhalten, viel wertvollere Volksgüter, als es erhalten möchte und kann.

Deshalb ist es Unsinn, wenn kapitalistische Kreise behaupten und verbreiten, die Unternehmer seien berechtigt, den Arbeitern so entgegen zu treten und sie täten das aus Gründen der Verantwortlichkeit für die Wirtschaft.

Das Vorgehen der kapitalistisch interessierten Unternehmer ist auch ein Zeichen, daß sie nicht mehr in der Lage sind, die Wirtschaft in ein ruhigeres Fahrwasser zu führen. Sie wenden die schärfsten Mittel an. Wenn die versagen, haben sie keine mehr von Wirksamkeit. Deshalb haben alle Arbeiter und Arbeiterinnen die Pflicht, aus den Vorgängen zu lernen. Einmal müssen sie einsehen, daß sich jeder Arbeiter und jede Arbeiterin gegen das Vorgehen der Kapitalisten zu sichern hat. Die Sicherung besteht in dem Anschluß an die Gewerkschaften und an dem Mitwirken gewerkschaftlicher Bestrebungen. Dann besteht aber auch noch die Pflicht, das verhängnisvolle Treiben der kapitalistischen Kreise ins rechte Licht zu richten, weil in der Öffentlichkeit immer noch die irrige Meinung verbreitet ist, als sei das Vorrrecht des Wirtschaftsfaktors Kapital für ewig begründet. Die Arbeitskraft hat für die Wirtschaft den gleichen Wert wie das Kapital, deshalb muß ihm auch die Gleichberechtigung und die Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten gewährt werden. Nur dadurch wird die deutsche Wirtschaft so gestärkt, daß sie die an sie gestellten Erwartungen zu erfüllen vermag.

Wie die Kapitalisten mit der Wirtschaft gegenwärtig umgehen, ist sehr gefährlich, weil so Katastrophen geradezu mit Sicherheit herbeigeführt werden. Die Konflikte auf die die Kapitalisten hinarbeiten, müssen naturnotwendig schwere Folgen nach sich ziehen. Darin liegt die große Gefahr der Bevorrechtung des Wirtschaftsfaktors Kapital. Deshalb muß die Arbeiterschaft alles daran setzen, ihre Organisationsmacht zu stärken und ihre wirtschaftliche Gleichberechtigung zu erkämpfen.

Die von dem Unternehmertum auf die Erde getriebenen Großenkonflikte sind allerorts agitatorisch auszunutzen und dürfen ihre Wirkung auf die nicht organisierten Arbeitermassen nicht verhehlen. Sie müssen in ihr Gegenteil umschlagen und die Macht der Arbeiterschaft fördern, sowie ihren Einfluß steigern. E. N.

entnommen werden, der mit der Führung des ausgebrochenen Interessenstreites selbst betraut ist. Vielmehr soll wieder größerer Wert darauf gelegt werden, daß als Weisiger Personen von Arbeitgeberseite und von Arbeitnehmerseite mitwirken, die an dem unmittelbaren Interessenstreit unbeteiligt sind, aber Verantwortungsgesühl besitzen und große Kenntnisse des Wirtschafts- und Arbeitslebens haben. Insbesondere sei es zu begrüßen, wenn man als Weisiger Vertreter der beiderseitigen Spitzenorganisationen hinzuziehen würde.

6. Die Einleitung eines Verfahrens über die Verbindlichkeitsklärung eines Schiedsspruches soll regelmäßig nur auf Antrag einer Partei erfolgen, um zu erreichen, daß mindestens diese eine Partei die Verbindlichkeitsklärung und die sich daraus ergebenden Konsequenzen von vornherein will.

7. Die Einleitung eines Verfahrens über die Verbindlichkeitsklärung von Amts wegen soll dagegen nur bei Vorliegen eines öffentlichen Interesses erfolgen. Hier sollen sich die Schlichtungsinstanzen weitgehende Zurückhaltung auflegen und nur dann eingreifen, wenn wichtige Allgemeininteressen gefährdet sind oder wenn die Streitparteien sich betarrt in ihren Kampf festgeklammert haben, daß nicht damit zu rechnen ist, daß sie denselben vor der endgültigen Niederlage des einen oder anderen Teiles oder sogar beider Parteien beenden werden.

Ausgleich der deutschen Handelsbilanz.

Der Monat September zeigt eine weitere Besserung der deutschen Handelsbilanz. Der Einfuhrüberschuß betrug im reinen Warenverkehr nur 28 Mill. RM gegen 58 Mill. RM im August. Die Wareneinfuhr ist mit 1.087.522.000 RM gegenüber dem Vormonat ziemlich gleichgeblieben. Die Ausfuhr hingegen stieg von 1.059.788.000 RM auf 1.058.800.000 RM. Bei der Einfuhr ist eine Zunahme von lebenden Tieren, Rohstoffen und halbfertigen Waren zu verzeichnen. Die Einfuhr an Lebensmitteln und Getränken ist zurückgegangen. Die Steigerung der Ausfuhr beträgt im ganzen 3 Mill. Reichsmark. Eine Zunahme zeigt die Ausfuhr von Lebensmitteln und Getränken (20 Mill. RM) sowie von Fertigwaren (32 Mill. RM). Die Ausfuhr von Rohstoffen hat hingegen um 20 Mill. RM abgenommen. Erreichtlich an der deutschen Handelsbilanz für September ist die Zunahme der Fertigenwarenausfuhr. Sie hat den Rekordstand von 801 Mill. Reichsmark erreicht. Das ist eine Ziffer, die über alle bisher

verzeichneten Ergebnisse hinaus geht. Der Monatsdurchschnitt 1927 für die Fertigenwarenausfuhr betrug 630 Mill. RM. Beachtenswert ist besonders die starke Zunahme der Maschinen- und Fahrzeugausfuhr in Höhe von 30,2 Mill. RM. Auch die Ausfuhr von Walzwerkserzeugnissen und Eisenwaren hat eine Zunahme zu verzeichnen. Zurückgegangen ist die Ausfuhr von Textilfertigen (6,4 Mill. RM), die aber trotzdem noch über den bisherigen Monatsdurchschnitt liegt. — Da naturgemäß die Handelsbilanzziffern später eine Korrektur erfahren und zwar bei der Ausfuhr nach oben und bei der Einfuhr nach unten, kann man im Monat September von einer ausgeglichenen Handelsbilanz sprechen. Das ist ein Ergebnis, wie es in den letzten drei Jahren nicht erreicht wurde. Wenn auch einige Umstände dafür sprechen, daß die Passivität der Handelsbilanz in den nächsten Monaten wieder ansteigt, so ist doch die Gesamtentwicklung als günstig zu bezeichnen. Erreichtlich ist die gehobene Konkurrenzfähigkeit der deutschen Erzeugnisse auf dem Weltmarkt. Soweit für die Konjunktur Schlüsse aus der Handelsbilanz gezogen werden können, muß auf die Rohstoffeinfuhr verwiesen werden. Diese hält sich noch immer im hohen Rahmen, ein Beweis dafür, daß die Wirtschaftstätigkeit noch verhältnismäßig lebhaft sich gestaltet.

Baulustige genügend vorhanden!

Die Berliner Wohnungsfürsorge-Gesellschaft, die die Hypotheken aus der Hauszinssteuer zu vergeben hat, hatte kürzlich für einige Wochen die Sperre zur Einreichung von neuen Anträgen aufgehoben. Sie mußte diese aber rasch wieder verhängen, weil die Anträge auf Bewilligung von Hauszinssteuerhypotheken geradezu lawinenartig answollten. Bei der obigen Gesellschaft liegen nicht weniger als 800 Anträge für insgesamt 122.000 Wohnungen vor. In Berlin sind 180.000 Wohnungsbedürfnisse vorhanden. Die Wohnungsnot wäre also zum größten Teil behoben, wenn die Möglichkeit bestände, allein die angemeldeten Wohnungen in Angriff zu nehmen. Es liegt lediglich am Geldmangel und an dem zu teuren Zinsfuß, um die Anträge nicht zur Ausführung kommen zu lassen. Auf der kürzlich stattgefundenen Demotagung in Dresden konnte der Referent, Landtagsabgeordneter H. Mahner, den Nachweis erbringen, daß der Wohnungsbau ins Unabsehbare gesteuert werden könnte, wenn die den Mietern abgenommenen Hauszinssteuern dem Wohnungsbau wirklich zuliegen. Leider wird der allergrößte Teil davon für allgemeine Verwaltungszwecke verausgabt. Baulustige sind also genügend vorhanden, Bauarbeiter ebenfalls; wer unternimmt es einmal, die fehlenden Geldmittel zu mobilisieren?

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Arbeiterverband.

Anfang Oktober 1928.

Der Sommer ist zu Ende gegangen. Mit dem Eintritt der kalten Jahreszeit steigt auch wieder die Arbeitslosigkeit. Die Fabrikarbeiter in den Betrieben schürten ihr Elend und aßen kein Brot. In diesem Jahre schon vielfach etwas früher als sonst, denn in vielen Betrieben haben sich schon große Vorkasse angehäuft. Das Vorkasseverbot hat nicht alle die Arbeitslosen abgenommen. (Namen, die in der Sommerkampagne hergestellt wurden. Auch in den übrigen Vorkassebetrieben ist die Arbeitslosigkeit nach).

In diesen kalten Wintermonaten kommt die langsam abgelaufene Wirtschaftskrisis zur Geltung. Die Arbeitslosigkeit unter den Fabrikarbeitern ist im Januar 1928 nach dem Vorkasseverbot nach. Von den 455 000 Metallarbeitern, die Anfang Oktober von unserer Arbeitslosenstatistik erfasst wurden, waren 22 416 oder 7,1 v.H. arbeitslos und 17 482 oder 3,8 v.H. arbeiteten verkürzt. Die Verhältnisse in den beiden Vormonaten waren 6,9 bzw. 6,8 v.H. Arbeitslose und 2,9 bzw. 2,8 v.H. arbeiteten verkürzt. Wie sich der Beschäftigungsgrad in den einzelnen Industriezweigen unserer Organisationsgebiete, geht aus der nachfolgenden Uebersicht hervor:

Von je 100 Metallarbeitern waren arbeitslos:

	Ende August 1928			Ende Septemb. 1928		
	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.
Fabrikarbeiter-Verband insgesamt	6,1	6,8	6,8	6,9	7,5	7,1
In der Industriezweiggruppe:						
Chemie	4,4	8,8	5,8	4,8	8,9	5,8
Papier	2,6	4,0	2,9	2,8	4,0	2,7
Nahrungs- u. Genussmittel	8,4	10,8	8,8	8,9	11,1	9,6
Spiegelwaren, Blumen usw.	7,4	8,5	8,0	7,8	8,0	7,9
Sonstige Industrien	11,2	9,1	10,6	11,9	9,2	11,1
Keramischer Bund insgesamt	6,8	5,8	6,0	8,4	6,4	8,0
a) Porzellan	7,9	6,1	7,1	7,8	6,1	7,1
b) Glas	0,7	5,4	0,8	8,5	5,1	8,0
c) Grobkeramik	5,0	4,8	5,0	8,8	8,1	8,5

Von je 100 Metallarbeitern arbeiteten verkürzt:

	Ende August 1928			Ende Septemb. 1928		
	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.
Fabrikarbeiter-Verband insgesamt	2,7	4,8	3,2	3,2	5,0	3,8
In der Industriezweiggruppe:						
Chemie	0,7	8,4	4,8	3,8	6,8	4,0
Papier	0,8	1,6	0,9	2,1	3,5	3,4
Nahrungs- u. Genussmittel	1,7	0,8	1,3	1,8	0,5	1,1
Spiegelwaren, Blumen usw.	3,1	6,9	5,1	3,7	8,0	5,9
Sonstige Industrien	1,8	2,5	1,8	1,4	2,0	1,9
Keramischer Bund insgesamt	2,8	4,8	3,2	4,0	6,6	4,5
a) Porzellan	7,4	5,8	6,8	11,0	9,8	10,9
b) Glas	3,8	8,1	4,5	4,8	7,1	5,1
c) Grobkeramik	0,6	0,4	0,6	1,1	0,4	1,0

Den geringsten Beschäftigungsgrad weist nach wie vor die Papiererzeugungsindustrie auf. Mit 2,7 v.H. Arbeitslosen dürfte sie überhaupt die niedrigste Arbeitslosenquote aller deutschen Industriezweige haben. Aber auch hier ist der Beschäftigungsgrad nicht einseitig. Insbesondere machen die Wasserwerke der Industrie Schwierigkeiten. Auch die chemische Industrie, in der sich eine kleine Steigerung der Arbeitslosigkeit bemerkbar macht, bewegt sich noch immer unter dem allgemeinen Reichsdurchschnitt. Etwas verbessert hat sich der Beschäftigungsgrad in der Glasindustrie. Die Steigerung der Kurzarbeit in der Porzellanindustrie läßt die abflauende Konjunktur für diese Industrie stärker in Erscheinung treten. Die starke Zunahme der Arbeitslosigkeit zeigt die Bauindustrie an. Hier meldet sich in diesem Jahre schon recht frühzeitig der Winter an. In allen Industriezweigen ist die Kurzarbeit gestiegen. Bemerkenswert ist auch, daß sowohl im Durchschnitt als auch in den meisten Industriezweigen anderer Verbände der Arbeitsmarkt für weibliche Mitglieder schlechter liegt, als für männliche.

Nach der geographischen Verteilung der Arbeitslosigkeit zeigt Württemberg mit 3,3 v.H. den geringsten Stand. Dann folgt Brandenburg mit 4,0 v.H. und Sachsen mit 4,9 v.H. Sehr hoch ist die Arbeitslosigkeit im linken Rheintal mit 12,5 v.H., rechts Rheintal und Westfalen mit 11,8 v.H., Rheinland und Westfalen mit 11,6 v.H. und Thüringen mit 9,8 v.H. Ausschlaggebend hierfür ist das Danienvergehen der Bankrotindustrie. Für den Bezirk Frankfurt am Main kommt auch noch eine ziemlich hohe Arbeitslosigkeit in der chemischen Industrie in Betracht.

Arbeitsvergütung.

Ueber die Frage, welche Zeit für die Mehrarbeitsvergütung nach § 6a der Arbeitszeit-Verordnung maßgebend ist, bzw. wie diese Zeit ermittelt und in welcher Höhe sie vergütet werden muß, gehen die Meinungen der beiden Parteien (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) sehr auseinander.

Während die Arbeitgeber den Standpunkt vertreten, die Vergütung des Mehrarbeitszuschlages komme erst nach Verrechnung von 8 Stunden in der Woche — ganz gleich, ob sie für 2, 3 oder 4 Tage dieser Woche verteilen — in Frage, verlangen die Arbeitnehmer die Vergütung jeder, über acht Stunden täglich hinaus geleisteten Arbeitszeit.

Es besteht also Streit darüber, wann die zuschlagsberechtigte Mehrarbeit beginnt und in welcher Höhe sich die hierfür anfallende Vergütung bewegt.

Der § 1 der ArbZVO vom 21. Dez. 1923 in der Fassung des Gesetzes vom 14. April 1927 und der Bekanntmachung vom gleichen Tage von einer vereinbarten wöchentlichen Arbeitszeit, die ausschließlich der Fabrikarbeit von acht Stunden nicht überschreiten darf.

Die regelmäßige gesetzliche Arbeitszeit beträgt also acht Stunden.

Das schließt aber nicht aus, daß die beiden Parteien eine andere regelmäßige Arbeitszeit festsetzen können, z. B. täglich 9 oder 10 Stunden.

Wenn aber diese regelmäßige tägliche Arbeitszeit überschritten wird, dann greift der § 6a der ArbZVO, eine entsprechende Vergütung vor. Nach Absatz 2 des § 6a gilt, wenn die Vergütung nicht nach dem Tarifvertrag dieses Grades (§ 6a ArbZVO) eine andere Regelung vereinbarten, aber besondere Umstände aus sich heraus, ein Zuschlag von fünfzehn Prozent vom Stundenlohn.

Die Tarifverträge können hiernach über die Vergütung der Mehrarbeit besondere Bestimmungen treffen. Sie können also unter dem von § 6a ArbZVO genannten Satz bleiben oder auch darüber hinausgehen. Grundsätzlich ist nach dem geltenden Tarifvertrag...

gen Parteien Streit über die Form, die Art oder Höhe der Vergütung der Vergütung, so kann die Schlichtungskommission anrufen werden.

Wird dagegen über die Vergütung der Mehrarbeit nichts vereinbart, dann gilt die in § 6a ArbZVO vorgesehene. Wenn die vergütungsberechtigten Mehrarbeit beginnt, bringt nun das RMV in den Entscheidungsurteilen seines Urteils vom 6. Juni 1928 RMV 17/1928 klar zum Ausdruck.

Der wird unter anderem gesagt: „bleibend ist davon auszugehen, daß der Anspruch auf Mehrarbeitszuschlag nur demjenigen Arbeitnehmer zusteht, dessen wertvolle Arbeitszeit acht Stunden überschritten hat.“

Hiervon hat nun das RMV den Standpunkt der Arbeitnehmer bestätigt.

Nicht darauf kommt es an, ob wöchentlich 48 Stunden bereits geleistet, sondern, daß die tägliche Arbeitszeit von 8 Stunden überschritten ist.

Aus dieser Stellungnahme des RMV ergeben sich für die Arbeitnehmer eine Anzahl Konsequenzen.

Mehr häufig gehen Arbeitgeber dazu über, aus irgendwelchen Sparanklässen oder sonstigen Gründen z. B. die Arbeitsstunden des Sonnabends oder Montags auf die übrigen Tage der Woche zu verlegen.

Die Vergütung der, die tägliche achtstündige Arbeitszeit überschreitenden Arbeitszeit, lehnen sie mit der, jetzt unüblichen Begründung, die wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden sei nicht überschritten, ab.

Sehr oft werden Arbeitsstunden, die durch Feiertage, Betriebsstörungen, Krankheit usw. ausfallen, auf Wunsch der Arbeitgeber an den übrigen Tagen der Woche nachgeholt.

In allen solchen Fällen lehnen die Arbeitgeber die Mehrarbeitsvergütung ab, die wöchentlichen 48 Stunden seien nicht überschritten.

Allen diesen Ausreden der Arbeitgeber ist nun mit der Stellungnahme des RMV, das Wasser abgegraben, so daß die Arbeiter für jede tägliche (nicht wöchentliche) Mehrarbeitsleistung der achtstündigen Arbeitszeit die Mehrarbeitsvergütung zu verlangen hat.

Offensichtlich werden die Arbeitgeber bei künftigen Tarifverhandlungen dem Standpunkt des RMV vom 6. Juni 1928 Rechnung tragen und den Vertretern der Arbeiter bei Anträgen auf Bestätigung gegenseitiger Bestimmungen des Tarifvertrages, keine Schwierigkeiten machen.

Da an der Entscheidung des RMV, ein einflussreicher Vertreter der Chemie, Herr Prof. Dr. Gurschmann als Reichsarbeitsrichter mitgewirkt hat, dürfte es nicht schwer fallen, die äußerst ungünstigen, diesbezüglichen Bestimmungen des Reichsarbeitsvertrages der chemischen Industrie, § 8 B. 6 und 7, im Sinne der Auffassung des RMV, zu ändern.

Derselbe Uebelstand ist auch im Gesamtarbeitsvertrag für die Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoff-Industrie zu beseitigen.

Es gilt also auf alle Fälle, dem Achtstundentag Geltung zu verschaffen. Jos. Willeweger.

Glasarbeiterkonferenz in Thüringen.

Am 21. Oktober war in Ilmenau eine Konferenz der Weiskalagarbeiter für den Bezirk Thüringen. An dieser Konferenz hatte ich Gelegenheit teilzunehmen, und möchte ich meine dort gemachten Eindrücke im Nachfolgenden kurz skizzieren.

Am Sonntag in den frühen Morgenstunden fährt der Eisenbahnwagen von Erfurt in Richtung Ilmenau durch Berg und Tal ins Thüringer Bergland. Die Herbstwitterung ist rauh, auf den Thüringer Bergspitzen machen sich die ersten Anzeichen des Winters bemerkbar. Eine leichte Reifdecke hat sich gebildet.

In Ilmenau angekommen, zeigen sich Kollegen am Bahnhof, die mir von anderen Orten und aus früheren Jahren bereits bekannt sind, und die das Schicksal nach den Thüringer Bergen getrieben hat. Schon lange vor Beginn der Konferenz kamen die ersten Pioniere der Thüringer Glasarbeiter nach dem Versammlungsort. Hetmatisch und anheimelnd wird mir die ganze Umgebung. Bekannte Kollegen aus lang vergangenen Jahren erscheinen auf der Bildfläche. Bereits im Jahre 1894 hatte ich Gelegenheit, in Ilmenau als Schleiferin mein Dasein zu fristen und dann in späteren Jahren 1903 bis 1908 erneut meine Tätigkeit, nunmehr aber auch im Interesse der Organisation auszuüben. Alte Kollegen von der damaligen Zeit wiederzusehen, in geschlossener Reihe und in geschlossenem Glied in der Kampffront für die Eringung einer besseren Zukunft, ruft eng verbundene Eindrücke wach. Durchsucht sind die Gesichter der Kollegen, es sind Zeichen der Sorge um die Erhaltung ihrer dürftigen Existenz; ein großer Teil dieser Kollegen wanderte schon vor mehr als 20 Jahren über die Thüringer Berge in Wind und Wetter stundenlange Wege ihrer Arbeitsstelle entgegen. Zuweilen durch tiefen Schnee arbeiteten sich die Kollegen ihrem Ziele entgegen. Schwer war und ist auch heute noch der Kampf ums Dasein.

Am 10 Uhr beginnt die Konferenz, im tiefen Ernst und voller Ruhe werden die instruktiven Ausführungen zur Tagesordnung, die vom Gauleiter Kollegen Dornheim gegeben werden, entgegengenommen. Wichtige und tief einschneidende Fragen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen werden behandelt. Das Interesse der Kollegen an diesem Problem macht sich in einer immer merklich tiefer gehenden Weise bemerkbar. Die Aussprache über das Gehörte wird in einer Sachlichkeit, von tiefer Ueberzeugung für die gerechte Sache der Berufsangehörigen geführt. Beschwerden über das Verhalten der einzelnen Unternehmer werden zum Vortrag gebracht. Die zum Teil schlechten Verhältnisse in der Behandlung der Arbeiter werden geschildert. Der Kampf um die Rechte der tarifvertragslichen Bestimmungen macht sich in starker Weise bemerkbar.

Die Vertreter des Danksängers und auch in anderen Bereichen besteht ein vollständiger und reaktionärer Geist. In allen Fortschritten auf sozialpolitischem Gebiete. Rechtlos, und der Arbeiter ist das Ziel der Maschinen. An der Tagesordnung in der Wirtschaft gibt es dort Plutokratie und Schicksalsbestimmungsrecht der Unternehmer in den trassierten Formen. Ohne Leidenschaft, mit Ueberlegung, aber auch mit einer klaren Willen bringen die Kollegen zum Ausdruck, daß sie gewillt sind, bessere Zustände für die Zukunft mit Hilfe ihrer Organisation zu erkämpfen. Nach reichlicher Aussprache und Klärung der Tagesordnungspunkte kommt es zur Beschlußfassung, die in einfacher Weise erfolgte. Die Kollegen in Thüringen haben durch diese Konferenz bewiesen, daß sie gewillt sind, für die Zukunft ein tapferes Glied in der Reihe unserer großen Organisation zu bleiben. Der Kampfesgeist und die Organisationskraft, die unter den Kollegen zu verzeichnen ist, bietet die beste Gewähr, daß die zum großen Teil noch überaus traurigen Lebensverhältnisse der erlittenen Thüringer Glasarbeiterarbeit einer durchgreifenden Besserung entgegengeführt werden können. Jos. Willeweger.

Tarifabschluss in der Rheinischen Ziegler A.-G., Forst-Urbach.

In Forst bei Köln hat das Spiegelglasfabrikat unter dem Namen Rheinische Ziegler A.-G., Forst-Urbach, eine mechanische Zieglerfabrik errichtet, die am 1. November 1928 in Betrieb genommen wird. Die neue Firma wird etwa 180 bis 200 Arbeiter beschäftigen, davon ein Drittel Angehörige und zwei Drittel Fremdarbeiter. Schon seit längerer Zeit hat sich die Brandenburger des Rheinischen Bundes in Berlin mit dem Arbeitgeberverband der Deutschen Tafelglashütten, Berlin, ins Benehmen gesetzt, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich festzulegen.

In einer Sitzung der Lohnkommission am 16. Oktober 1928 in Köln wurde zu den Vorschlägen des Arbeitgeberverbandes Stellung genommen und einstimmig deren Ablehnung beschlossen. Der Spigenlohn für den Gruppenführer sollte nach dem Vorschlag des Arbeitgeberverbandes 1 RM pro Stunde betragen. Gegenüber den anderen Zieglerfabriken und hinsichtlich auf die Lage des Betriebes kam die Lohnkommission zu der Auffassung, den Vorschlag des Arbeitgeberverbandes abzulehnen. Die Kommission hat daraufhin neue Vorschläge ausgearbeitet mit einem Spigenlohn für den Gruppenführer von 1,12 RM, die bei den Verhandlungen am 17. Oktober 1928 dem Arbeitgeberverbande unterbreitet wurden. Nach längerer Verhandlung, die sich von morgens 10 Uhr bis nachmittags 5.30 Uhr hinzog, wurden mit Zustimmung der Lohnkommission die nachstehenden Verträge abgeschlossen:

Rahmenvertrag.

Zwischen dem Arbeitgeberverband der Deutschen Tafelglashütten, Berlin, einerseits, und dem Keramischen und Zieglerverband des Fabrikarbeiterverbandes Deutschlands andererseits, und dem Berufsverband Deutscher Glasarbeiter wird folgendes vereinbart:

1. Der Rahmentarif für die mechanische Fensterglasindustrie, gültig ab 1. April 1928, erhält Gültigkeit für die Rheinische Ziegler-Aktiengesellschaft, Forst-Urbach, mit der Maßgabe das:

a) nur die in § 1a genannten Arbeiterkategorien diesem Rahmentarif unterstellt werden, und daß es b) vorläufig bei der wöchentlichen Lohnzahlung bleibt.

Es steht der Firma jedoch das Recht zu, gemäß § 5, auch während der Geltungsdauer des Rahmentarifs Verhandlungen zwecks Einführung der monatlichen Zahlung einzuleiten.

2. Für die übrigen Arbeiter gelten die heute mit der Rheinischen Ziegler-A.-G., Forst-Urbach, besonders vereinbarten Löhne und Arbeitsbedingungen.

Forst-Urbach, den 17. Oktober 1928.
V. v. d. Deutschen Tafelglashütten, gez. Datzmann.
Rheinische Ziegler-A.-G., Forst-Urbach, gez. Mols.
Keramischer Bund, Gruppe Glas, gez. M. Krebs.

I. Löhne der an der Maschine Beschäftigten:
1. Gruppenführer 109 Pf., 2. Erster Reservegruppenführer 99 Pf., 3. Zweiter Reservegruppenführer 95 Pf., 4. Bedienungspersonal: a) Vorarbeiter 88 Pf., b) Hilfsarbeiter 84 Pf., Abschneider 84 Pf., Abbrecher 84 Pf. pro Stunde.
II. Löhne der nicht an der Maschine Beschäftigten:
a) Einleger 80 Pf. pro Stunde.

III. Löhne der Schneider:
1. Vollschneller im Vorkorb, pro Quadratmeter geschnittenes Glas: I. Sorte 75 Pf., II. Sorte 55 Pf., III. Sorte 39 Pf., IV. Sorte 28 Pf. Zuschlag und Gartenlohn 28 Pf.
Für Tafeln über 134 cm Länge wird ein Zuschlag von 15 Proz. bezahlt.
Störzulaufschläge auf die Größe von 4/4: 6/4 50 Proz., 8/4 100 Proz.

2. Vollschneller im Stundenlohn 82 Pf., 3. Hilfs- und Schneidener 72 Pf., 4. Schneidervorlinge 89 Pf., 5. Rundschneider (innen), Einarbeitungslohn 81 Pf. pro Stunde, 6. Die Glas wird vorläufig im Stundenlohn geschnitten, der Stundenlohn beträgt 90 Pf.
Dieser Rahmentarif läuft un kündbar bis zum 31. Mai 1929 und kann von da ab mit monatlicher Frist jeweils zum Monatsende gekündigt werden.
Forst, den 17. Oktober 1928.
Rheinische Ziegler A.-G., Forst-Urbach, gez. Mols.
Keramischer Bund, Gruppe Glas, Abteilung des Fabrikarbeiterverbandes Deutschlands, gez. M. Krebs.
Arbeitgeberverband der Deutschen Tafelglashütten, Berlin, gez. Datzmann.

Erfolgreiche Agitationswoche in Köln.

In der vom 7. bis 14. Oktober 1928 eingelegten Agitationswoche wurde das nachstehende Ergebnis erzielt:

	Eintritte:	Uebertritte:
Stadium-Gummiwerke	49	2
Glanzlof-Courtauld	89	2
A. G. Harpenindustrie	88	1
Rhein. Westfälische Sprengstoff	82	—
A. G. für Schloßboinger	13	—
Gummiwarenfabrik Carl Baaß	12	—
Gummiwarenfabrik W. Steinberg	10	2
Köln. Gummiwarenfabrik	11	—
Gummiwarenfabrik Franz Clouth	8	1
Martin & Wagnersche	9	—
Wohl & Co.	5	—
Hohstwerte, Wladorf	4	—
Spiegelglaswerke „Germania“	4	—
Elekt & Co.	3	—
Erndgrube Essen	1	—
Reichsteinfabrik Wree	1	—
Stanzengrubenfabrik Hobergrube	1	7

Insgesamt: 200 Eintritte, 10 Uebertritte.
Durch Hausagitation wurden 121 Mitglieder gewonnen. Davon hat der Kollege W. a. b. l. z. 21 und T. i. p. e. l. 25 und noch weitere 6 Kollegen die Agitation aufgenommen. Zum erstenmal hat sich eine Kolletin daran beteiligt, die 12 Mitglieder aufgenommen hat. Daneben Kollegen und Kolleginnen, in den Fabriken und den Hausagitatoren, die uns bei dieser Aktion unterstützt haben. Grundriss: Immer voran! Wir haben keine Zeit, milde zu sein!
H. S. e. r. t. w. i. g.

Die Wirtschaftsorganisation der Arbeiterschaft als Vorbild.

In der in Dresden erscheinenden „Sächsischen Handwerker- und Gewerbetzung“ wurden in einem längeren Artikel die Kreise des selbständigen Handwerks und Gewerbes auf die außerordentlich gute Entwicklung der Konsumvereine, der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Versicherungsgesellschaft Volksschutzsorge, der Arbeiterbau und der sozialen Wandbetriebe hingewiesen. Man müsse anerkennen, wie gut es die Arbeiterschaft verstehe, sich zu organisieren und ihre wirtschaftlichen Einrichtungen auszubauen. Eine objektive Beurteilung findet vor allem auch die Volksschutzsorge, von der gesagt wird, daß sie bei ihrer glänzenden Entwicklung vorausichtlich in den nächsten Jahren für die Finanzierung anderer wirtschaftlicher Unternehmungen der Arbeitnehmer von besonderer Wichtigkeit sei. Der selbständige Mittelstand könne sich ein Beispiel daran nehmen, daß für die Arbeiterschaft in wirtschaftlicher Hinsicht die Parole laute: „Gewerkschaft, Konsumverein, Arbeiterbank, Volksschutzsorge.“

Die Wirtschaftsorganisation der Arbeiterschaft als Vorbild.

In der in Dresden erscheinenden „Sächsischen Handwerker- und Gewerbetzung“ wurden in einem längeren Artikel die Kreise des selbständigen Handwerks und Gewerbes auf die außerordentlich gute Entwicklung der Konsumvereine, der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Versicherungsgesellschaft Volksschutzsorge, der Arbeiterbau und der sozialen Wandbetriebe hingewiesen. Man müsse anerkennen, wie gut es die Arbeiterschaft verstehe, sich zu organisieren und ihre wirtschaftlichen Einrichtungen auszubauen. Eine objektive Beurteilung findet vor allem auch die Volksschutzsorge, von der gesagt wird, daß sie bei ihrer glänzenden Entwicklung vorausichtlich in den nächsten Jahren für die Finanzierung anderer wirtschaftlicher Unternehmungen der Arbeitnehmer von besonderer Wichtigkeit sei. Der selbständige Mittelstand könne sich ein Beispiel daran nehmen, daß für die Arbeiterschaft in wirtschaftlicher Hinsicht die Parole laute: „Gewerkschaft, Konsumverein, Arbeiterbank, Volksschutzsorge.“

Die Wirtschaftsorganisation der Arbeiterschaft als Vorbild.

In der in Dresden erscheinenden „Sächsischen Handwerker- und Gewerbetzung“ wurden in einem längeren Artikel die Kreise des selbständigen Handwerks und Gewerbes auf die außerordentlich gute Entwicklung der Konsumvereine, der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Versicherungsgesellschaft Volksschutzsorge, der Arbeiterbau und der sozialen Wandbetriebe hingewiesen. Man müsse anerkennen, wie gut es die Arbeiterschaft verstehe, sich zu organisieren und ihre wirtschaftlichen Einrichtungen auszubauen. Eine objektive Beurteilung findet vor allem auch die Volksschutzsorge, von der gesagt wird, daß sie bei ihrer glänzenden Entwicklung vorausichtlich in den nächsten Jahren für die Finanzierung anderer wirtschaftlicher Unternehmungen der Arbeitnehmer von besonderer Wichtigkeit sei. Der selbständige Mittelstand könne sich ein Beispiel daran nehmen, daß für die Arbeiterschaft in wirtschaftlicher Hinsicht die Parole laute: „Gewerkschaft, Konsumverein, Arbeiterbank, Volksschutzsorge.“

Die Wirtschaftsorganisation der Arbeiterschaft als Vorbild.

In der in Dresden erscheinenden „Sächsischen Handwerker- und Gewerbetzung“ wurden in einem längeren Artikel die Kreise des selbständigen Handwerks und Gewerbes auf die außerordentlich gute Entwicklung der Konsumvereine, der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Versicherungsgesellschaft Volksschutzsorge, der Arbeiterbau und der sozialen Wandbetriebe hingewiesen. Man müsse anerkennen, wie gut es die Arbeiterschaft verstehe, sich zu organisieren und ihre wirtschaftlichen Einrichtungen auszubauen. Eine objektive Beurteilung findet vor allem auch die Volksschutzsorge, von der gesagt wird, daß sie bei ihrer glänzenden Entwicklung vorausichtlich in den nächsten Jahren für die Finanzierung anderer wirtschaftlicher Unternehmungen der Arbeitnehmer von besonderer Wichtigkeit sei. Der selbständige Mittelstand könne sich ein Beispiel daran nehmen, daß für die Arbeiterschaft in wirtschaftlicher Hinsicht die Parole laute: „Gewerkschaft, Konsumverein, Arbeiterbank, Volksschutzsorge.“

Die Wirtschaftsorganisation der Arbeiterschaft als Vorbild.

In der in Dresden erscheinenden „Sächsischen Handwerker- und Gewerbetzung“ wurden in einem längeren Artikel die Kreise des selbständigen Handwerks und Gewerbes auf die außerordentlich gute Entwicklung der Konsumvereine, der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Versicherungsgesellschaft Volksschutzsorge, der Arbeiterbau und der sozialen Wandbetriebe hingewiesen. Man müsse anerkennen, wie gut es die Arbeiterschaft verstehe, sich zu organisieren und ihre wirtschaftlichen Einrichtungen auszubauen. Eine objektive Beurteilung findet vor allem auch die Volksschutzsorge, von der gesagt wird, daß sie bei ihrer glänzenden Entwicklung vorausichtlich in den nächsten Jahren für die Finanzierung anderer wirtschaftlicher Unternehmungen der Arbeitnehmer von besonderer Wichtigkeit sei. Der selbständige Mittelstand könne sich ein Beispiel daran nehmen, daß für die Arbeiterschaft in wirtschaftlicher Hinsicht die Parole laute: „Gewerkschaft, Konsumverein, Arbeiterbank, Volksschutzsorge.“

Die Wirtschaftsorganisation der Arbeiterschaft als Vorbild.

In der in Dresden erscheinenden „Sächsischen Handwerker- und Gewerbetzung“ wurden in einem längeren Artikel die Kreise des selbständigen Handwerks und Gewerbes auf die außerordentlich gute Entwicklung der Konsumvereine, der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Versicherungsgesellschaft Volksschutzsorge, der Arbeiterbau und der sozialen Wandbetriebe hingewiesen. Man müsse anerkennen, wie gut es die Arbeiterschaft verstehe, sich zu organisieren und ihre wirtschaftlichen Einrichtungen auszubauen. Eine objektive Beurteilung findet vor allem auch die Volksschutzsorge, von der gesagt wird, daß sie bei ihrer glänzenden Entwicklung vorausichtlich in den nächsten Jahren für die Finanzierung anderer wirtschaftlicher Unternehmungen der Arbeitnehmer von besonderer Wichtigkeit sei. Der selbständige Mittelstand könne sich ein Beispiel daran nehmen, daß für die Arbeiterschaft in wirtschaftlicher Hinsicht die Parole laute: „Gewerkschaft, Konsumverein, Arbeiterbank, Volksschutzsorge.“

Die Wirtschaftsorganisation der Arbeiterschaft als Vorbild.

In der in Dresden erscheinenden „Sächsischen Handwerker- und Gewerbetzung“ wurden in einem längeren Artikel die Kreise des selbständigen Handwerks und Gewerbes auf die außerordentlich gute Entwicklung der Konsumvereine, der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Versicherungsgesellschaft Volksschutzsorge, der Arbeiterbau und der sozialen Wandbetriebe hingewiesen. Man müsse anerkennen, wie gut es die Arbeiterschaft verstehe, sich zu organisieren und ihre wirtschaftlichen Einrichtungen auszubauen. Eine objektive Beurteilung findet vor allem auch die Volksschutzsorge, von der gesagt wird, daß sie bei ihrer glänzenden Entwicklung vorausichtlich in den nächsten Jahren für die Finanzierung anderer wirtschaftlicher Unternehmungen der Arbeitnehmer von besonderer Wichtigkeit sei. Der selbständige Mittelstand könne sich ein Beispiel daran nehmen, daß für die Arbeiterschaft in wirtschaftlicher Hinsicht die Parole laute: „Gewerkschaft, Konsumverein, Arbeiterbank, Volksschutzsorge.“

Die Wirtschaftsorganisation der Arbeiterschaft als Vorbild.

In der in Dresden erscheinenden „Sächsischen Handwerker- und Gewerbetzung“ wurden in einem längeren Artikel die Kreise des selbständigen Handwerks und Gewerbes auf die außerordentlich gute Entwicklung der Konsumvereine, der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Versicherungsgesellschaft Volksschutzsorge, der Arbeiterbau und der sozialen Wandbetriebe hingewiesen. Man müsse anerkennen, wie gut es die Arbeiterschaft verstehe, sich zu organisieren und ihre wirtschaftlichen Einrichtungen auszubauen. Eine objektive Beurteilung findet vor allem auch die Volksschutzsorge, von der gesagt wird, daß sie bei ihrer glänzenden Entwicklung vorausichtlich in den nächsten Jahren für die Finanzierung anderer wirtschaftlicher Unternehmungen der Arbeitnehmer von besonderer Wichtigkeit sei. Der selbständige Mittelstand könne sich ein Beispiel daran nehmen, daß für die Arbeiterschaft in wirtschaftlicher Hinsicht die Parole laute: „Gewerkschaft, Konsumverein, Arbeiterbank, Volksschutzsorge.“

Die Wirtschaftsorganisation der Arbeiterschaft als Vorbild.

In der in Dresden erscheinenden „Sächsischen Handwerker- und Gewerbetzung“ wurden in einem längeren Artikel die Kreise des selbständigen Handwerks und Gewerbes auf die außerordentlich gute Entwicklung der Konsumvereine, der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Versicherungsgesellschaft Volksschutzsorge, der Arbeiterbau und der sozialen Wandbetriebe hingewiesen. Man müsse anerkennen, wie gut es die Arbeiterschaft verstehe, sich zu organisieren und ihre wirtschaftlichen Einrichtungen auszubauen. Eine objektive Beurteilung findet vor allem auch die Volksschutzsorge, von der gesagt wird, daß sie bei ihrer glänzenden Entwicklung vorausichtlich in den nächsten Jahren für die Finanzierung anderer wirtschaftlicher Unternehmungen der Arbeitnehmer von besonderer Wichtigkeit sei. Der selbständige Mittelstand könne sich ein Beispiel daran nehmen, daß für die Arbeiterschaft in wirtschaftlicher Hinsicht die Parole laute: „Gewerkschaft, Konsumverein, Arbeiterbank, Volksschutzsorge.“

Die Wirtschaftsorganisation der Arbeiterschaft als Vorbild.

In der in Dresden erscheinenden „Sächsischen Handwerker- und Gewerbetzung“ wurden in einem längeren Artikel die Kreise des selbständigen Handwerks und Gewerbes auf die außerordentlich gute Entwicklung der Konsumvereine, der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Versicherungsgesellschaft Volksschutzsorge, der Arbeiterbau und der sozialen Wandbetriebe hingewiesen. Man müsse anerkennen, wie gut es die Arbeiterschaft verstehe, sich zu organisieren und ihre wirtschaftlichen Einrichtungen auszubauen. Eine objektive Beurteilung findet vor allem auch die Volksschutzsorge, von der gesagt wird, daß sie bei ihrer glänzenden Entwicklung vorausichtlich in den nächsten Jahren für die Finanzierung anderer wirtschaftlicher Unternehmungen der Arbeitnehmer von besonderer Wichtigkeit sei. Der selbständige Mittelstand könne sich ein Beispiel daran nehmen, daß für die Arbeiterschaft in wirtschaftlicher Hinsicht die Parole laute: „Gewerkschaft, Konsumverein, Arbeiterbank, Volksschutzsorge.“

Die Wirtschaftsorganisation der Arbeiterschaft als Vorbild.

In der in Dresden erscheinenden „Sächsischen Handwerker- und Gewerbetzung“ wurden in einem längeren Artikel die Kreise des selbständigen Handwerks und Gewerbes auf die außerordentlich gute Entwicklung der Konsumvereine, der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Versicherungsgesellschaft Volksschutzsorge, der Arbeiterbau und der sozialen Wandbetriebe hingewiesen. Man müsse anerkennen, wie gut es die Arbeiterschaft verstehe, sich zu organisieren und ihre wirtschaftlichen Einrichtungen auszubauen. Eine objektive Beurteilung findet vor allem auch die Volksschutzsorge, von der gesagt wird, daß sie bei ihrer glänzenden Entwicklung vorausichtlich in den nächsten Jahren für die Finanzierung anderer wirtschaftlicher Unternehmungen der Arbeitnehmer von besonderer Wichtigkeit sei. Der selbständige Mittelstand könne sich ein Beispiel daran nehmen, daß für die Arbeiterschaft in wirtschaftlicher Hinsicht die Parole laute: „Gewerkschaft, Konsumverein, Arbeiterbank, Volksschutzsorge.“

Für die nicht als Facharbeiter in Betracht kommenden Arbeiter gilt der Rahmen- und Lohnstarifvertrag der Spiegelglaswerke „Germania“ mit der gleichen Laufzeit.

Hoffentlich gelangt es auch dieses Winter noch zu befristeten, einen einheitlichen Rahmen- und Lohnstarifvertrag für alle Arbeiter abzuschließen. Lebensfalls ist mit diesem Abschluß der Grundstock zur weiteren Lohnentwicklung gelegt worden, der sich um so besser vollziehen wird, wenn sich die gesamte Arbeiterschaft dem Keramischen Bund anschließt. Also nicht gebastet: Hinein in den Keramischen Bund! P. Hertwig.

Döbern.

Die Niedergangsperiode der handarbeitenden, deutschen Tafelglasindustrie ist an dieser Stelle schon oftmals behandelt worden und dürfte zur Genüge bekannt sein. Was für Folgen jedoch der Niedergang der Arbeiterschaft gegenüber haben kann, soll hier an Hand der letzten Vorkommnisse bei obengenannter Firma eingehend geschildert werden.

Schwere Krisen ohne Ende, durch die erstarnte Konkurrenz der maschinellen Tafelglasproduktion hervorgerufen, waren die ständigen Begleiterscheinungen der letzten Jahre im Wirtschaftsgang der handarbeitenden Tafelglasindustrie. Verschlechterungen der allgemeinen Lebenslage der Arbeiterschaft sind dabei immer die unausbleiblichen Folgen. Viele Betriebe kamen dadurch zum Stillstand. Sie wurden entweder auf Hohlglas umgestellt oder blieben gänzlich liegen, um niemals wieder ihre Tore zu öffnen. Häufigens einem anderen Industriezweig durch Abbruch Platz zu machen. Die anderen aber, die sich bis dato noch erhalten konnten, haben ein starkes Auf- und Abwanken im Geschäftsgang aufzuweisen. Von Regelmäßigkeit kann also hier bei diesen keine Rede sein.

Das Aufblühen des Bonner Verkaufsvereins, der Absatzorganisation der deutschen Tafelglashütten, zu Beginn des Jahres brachte sehr fröhliches mit sich. Es kamen dadurch sehr viele Hütten zum Stillstand. Nur wenige, vornehmlich solche mit deutscher Arbeitsweise, hielten sich trotz schlechtem Geschäftsgang bis heute. Durch Ausfertigung von Qualitätsware, 1/2, 1/4, und weite Maße war dies möglich.

Die letztgenannten Maßnahmen gaben auch der Firma Robert Hirsch in Döbern die Möglichkeit, drei Ofen im Gange zu halten, und somit den Betrieb aufrechtzuerhalten. Sogar eine starke Belebung des Absatzes ist seit geraumer Zeit eingetreten, die eine allgemeine Erhöhung des Verkaufspreises für Fensterglas um ungefähr 10 Proz. mit sich brachte. Man muß also darauf folgern, daß diejenige Hütte, die bisher ihre Betriebe aufrechterhalten konnten, auch weiterhin bestehen werden.

Bei Robert Hirsch spielt aber etwas anderes die ausschlaggebende Rolle. Krisenzeiten verringern gewöhnlich den aus Produktionsstätten gezogenen Profit. Ueber dessen Verteilung entstand unter der Gesellschaft Robert Hirsch, zu der augenblicklich zehn Teilnehmer zählen, ein regelrechter Kampf von schälimsten Ausmaß. Sogar Preislisten, die sich in den Geschäftsräumen der Firma abspielten, und unter Familienmitgliedern ausgetragen wurden, waren an der Tagesordnung. Das Schlimmste dabei ist, daß dieser Kampf schlichtlos auf den Schultern der Arbeiterschaft ausgefochten wird.

Die Gesellschaft sah nicht talentlos zu, sondern nahm geschlossen zu der ganzen Angelegenheit Stellung. Am 26. September kam die Firma mit der Lohnzahlung in Verzug. Da zunächst bekannt wurde, daß die Firma keine Lohngehälter beschaffen könne, weil sie in Liquidation sei, erfolgte Stellungnahme der Gesamtarbeiterschaft in einer Betriebsversammlung. Hierbei lezten die „Christlichen“, die in geringer Anzahl hier noch vorhanden sind, eine „rühmliche Ehre“ ein. In einer Situation, wo jedem sozulange das Messer am Hals sitzt und feiner aus noch einem Rat warte, verlangte die „Handvoll „Christen“, daß unser Sozialangehöriger, Kollege Gustavlich, nicht in der oben genannten Versammlung sprechen solle. Scheinbar verfügten diese „Auch“-Kollegen über wenig Geschick, denn sonst müßten sie über den genaueren Wortlaut der §§ 45—49 des B.M.G. besser Bescheid wissen, um nicht erst solch unsinniges Verlangen zu stellen. Die übergrößen Mehrzahl der Kollegen verhinderte natürlich das Annehmen jener und wird hoffentlich für immer die Lehren aus dieser Handlungswelt lehren. Durch das tatkräftige Eingreifen des Betriebsrates wurden Lohngehälter beschafft und kamen dann auch zur Auszahlung.

Am 1. Oktober wurde der Gesamtbelegschaft gekündigt. Da diese laut Rahmentarif gleich von vornherein ungültig war, erfolgte am 6. Oktober nochmalige Kündigung zum 2. Oktober. Aber auch diese ist nicht rechtmäßig erfolgt, da keine Stillelegung bei

der Regierung beantragt worden war. Die Lage bei Robert Hirsch änderte sich rasch. An Stelle von Lohnzahlung am 11. Oktober wurde ein Auszahlung am Kontor gemacht, der besagte: „Die Firma stellt hiermit ihre gesamten Zahlungen ein.“ Die Belegschaft, die aus den Niederlagen Vorkängen ihre Lehren zog, antwortete hierauf mit Arbeitszeinstellung. Der Kontor hat nicht lange auf sich warten lassen. Am 16. Oktober, nachmittags drei Uhr, wurde er verhängt. Die Lohnforderungen der Kollegen belaufen sich auf über 15 000 (fünfundzwanzigtausend) Reichsmark, und sind als bevorrechtigt an die Kontorbank anhängig gemacht worden. Und 140 Arbeiter gehen jetzt den Gang der vielen, ehemals handarbeitenden Tafelglasarbeiter, täglich zum „Steuern“, nur weil eine kleine Kapitalistenklasse es so haben will und sich nicht einigen konnte. Denn das Interesse des Profits ist höher, als das des Gemeinwohls. Wie lange noch? Es ist an der Zeit, alle Produktionsmittel zu sozialisieren, zumindest die Typen der Mechanisierung besser zu sozialisieren. Walter Krauß.

Weißwasser O.-L.

Die Gesellschafteranteile der Glashüttenwerke Lobitz, Greiner & Co. in Weißwasser O.-L., den Glasmachern unter dem Namen „Luisenhütte“ bekannt, sind von der Glasfabrik Weißwasser G. m. b. H., die dem holländischen Philips-Konzern angehört, erworben worden. Damit verliert wieder eine Glashütte mittlerer Größe. Die Luisenhütte hat gegenwärtig von drei Ofen zwei im Betrieb, beschäftigt werden rund 160 Arbeiter und Arbeiterinnen.

Wahrscheinlich wird die Glasfabrik Weißwasser auch in dem neuen Betriebe in der Hauptsache Kolben herstellen lassen, wie sie auch an den drei in diesem Jahre neu errichteten Ofen in der Hauptsache Kolben fabrizieren läßt.

Zwei selbständige Betriebe, ungefähr gleicher Größe wie die Luisenhütte, gibt es derzeit noch in Weißwasser in der Weißhohlglasindustrie. Es sind dies die Firmen Glaswerke Gelsdorf und Hirsch, Jante & Co.

Wie lange wird es noch dauern, bis einer der drei großen Brüder in Weißwasser auch sie unter seinen „Schuh“ nimmt. Die Firma Verthold Greiner in Nietzchen ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Wiederholt schon konnten unsere Kollegen keinen Lohn bekommen und hatten deswegen die Arbeit eingestellt. Jetzt scheint es endgültig Schluss zu sein, denn seit drei Wochen wird nicht mehr gearbeitet.

Das angebahnte Vergleichsverfahren dürfte wohl kaum zu einem Erfolg führen, und dann wird der eine Ofen, der jetzt noch unter Feuer gehalten wird, auch gelöscht werden. Die jüngeren Kollegen dieses Betriebes konnten in Weißwasser Arbeit finden. Arbeitslos blieben die älteren Glasmacher und Schleifer und die ungelerten Kollegen. — Bei den Verhältnissen, die bei der Firma W. Greiner herrschen, sah jeder Kundige diese Dinge kommen. Wir werden später einmal in besonderem auf sie eingehen.

Konturs annehmen haben auch die Tafelglashüttenwerke Robert Hirsch in Döbern N.-L., bei der zuletzt noch drei Ofen im Betrieb waren. Nach einer kürzlichen Gesellschaftsversammlung wurde den Kollegen am nächsten Tage mitgeteilt, daß sie nur auf eigenes Risiko weiterarbeiten könnten, eine Lohnzahlung könne nicht garantiert werden. Auf einem Ofen wird auf Rechnung der Kontursverwaltung weitergearbeitet.

Die Tafelglashüttenwerke Leiser & Co. in Teudlich N.-L. stellen auf Hohlglas um. In ungefähr 14 Tagen soll ein Ofen in Betrieb genommen werden. Hergestellt dürfte in der Hauptsache Preßglas werden. L.

Torgau.

Der Kollege Hermann S. S., ein rühmliches Mitglied unseres Verbandes, ist in der Torgauer Glashütte ein Opfer seiner beruflichen Tätigkeit geworden.

In der Nacht zum ersten Pfingstfesttag ist der Kollege S. S. von der Gemengemischmaschine so schwer an der Brust gestoßen worden, daß sich seine Lebensführung in das Krankenhaus notwendig machte. Nach langem, schwerem Leiden erlöste ihn der Tod von seinen furchtbaren Qualen vor nunmehr drei Wochen. In dem Kollegen S. S. verliert unsere Organisation einen guten Mitarbeiter. Sein ging sein Bestreben dahin, die Kollegen der Torgauer Glashütte der Organisation zuzuführen. Im Alter von 39 Jahren mußte der Kollege S. S. aus seinem Wirkungskreis scheiden. Ehre seinem Andenken!

Klassenlose Gesellschaft wird dann an die Stelle der heutigen Klassenrichtung des Volkes treten, und die bange Sorgen um die Existenz im Alter oder der Invalidität werden gebannt sein.

Kolleginnen und Kollegen! Ihr Jungen und ihr Altes! Donnhabt die Instrumente, die die Klassenlose Gesellschaft herbeiführen sollen! Sowie ihr euch noch nicht entschließen konntet zu marschieren in der geistlichen Marzschloß, die die Ziele jüster: Hinein in die Gewerkschaft, in den Keramischen Bund im Fabrikarbeiterverband! Allen, die es angeht, sei als Mahnung und Aufforderung des herrliche Dichterwort zugerufen: „Lebensmittag, zweite Jugendzeit, Semmergarten; unruhig Blut im Stehen, im Spähen, im Warten! Der Kunde harrt ich, Tag und Nacht bereit, der neuen Freunde: Komm, es ist Zeit, es ist Zeit!“ „Philantrop“.

Russische Kaolingerwinning.

Kaolin bildet einen der wichtigsten Rohstoffe in der Porzellan- und Steingutindustrie; es findet Verwendung als Füllmittel in der Papiererzeugungs-Industrie, Seifen-Industrie und so weiter und wird ebenso in der chemischen Industrie weiter verwendet.

Nach einem Forschungsergebnis des russischen Professors B. A. Luschizki betragen die in der Ukraine für industrielle Zwecke vorhandenen Kaolinvorkommen rund 25 Millionen Tonnen. Die Mächtigkeit der vorhandenen Kaolinlagerstätten schwankt zwischen 1 und 10 Meter. Durch Schürfungen sind zurzeit erst rund 25 000 Tonnen, also noch nicht einmal 1 Proz. Gesamtvorkommen sichtbar aufgeschlossen.

Die Förderung an rohen und geschlemmten Kaolin gestaltete sich folgendermaßen:

Förderjahr	Förderung an Kaolin roh t	geschlemmt t
1913	—	27 200
1923	28 700	8 300
1924	29 900	15 800
1925	86 200	22 400
1926	169 500	40 900
1927	105 100	40 900
1928	142 000	54 700

Mit der Ausfuhr von Kaolin hat Rußland im Jahre 1927 zum ersten Male begonnen, sie betrug 2500 Tonnen. Die Ausfuhr im Jahre 1928 soll wesentlich höher sein, doch sind die Endzahlen statistisch noch nicht festgestellt.

In der russischen Industrie ist es unter der Sowjet-Herrschaft üblich geworden, für die einzelnen Industriezweige Produktionsvoranschläge auf Jahre hinaus auszustellen, die selbstverständlich für jedes Jahr eine zu erreichende Produktionssteigerung vorsehen. Nach dem Produktionsprogramm für die russische Papiererzeugungs-Industrie soll sich die Papierproduktion und der damit verbundene Kaolinverbrauch folgendermaßen gestalten:

Produktionsjahr	Papierproduktion t	Kaolinverbrauch t
1928	433 000	42 000
1929	487 000	50 000
1930	534 000	55 000
1931	581 000	60 000
1932	640 000	65 000

Die Verwendung von Kaolin als Füllmittel in der russischen Papiererzeugungs-Industrie beträgt demnach rund zehn Prozent der Papierproduktion und muß als außerordentlich hoch bezeichnet werden, um so mehr, als in der russischen Papiererzeugungs-Industrie Kaolin vorwiegend bei der Erzeugung von Schreib- und Druckpapier verwendet wird.

Unter Ausnutzung der günstigeren und billigeren Seewege versucht Rußland, für die kommenden Jahre auch die Kaolinzufuhr zu fördern, wobei man hofft, sie zunächst auf jährlich 15 000 Tonnen steigern zu können.

Sowohl die Förderpläne für Kaolin von 1913 bis 1928 als auch der Produktionsvoranschlag für die Papiererzeugungs-Industrie bis zum Jahre 1932 beweist, daß die Nationalisierungsnot den allmächtigen „sozialistischen“ Arbeiter Rußlands ebenso ergriffen hat, wie die Privatkapitalisten der übrigen Kulturstaaten. G. S. S. S.

Freiwaldau.

Unter der Leitung des Direktors Coussé war die hiesige Porzellanarbeiterschaft tatsächlich nicht zu beneiden und fast schien es, daß unter seinem Nachfolger mit dem Fortschritt der Zeit ein anderer Geist einzieht. Erleichtert haben die Porzellanarbeiter angebetet, aber mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu schließen. Eines Tages erschien ein Mann namens Weg und setzte die Leitung mit einem Nachwort hinweg, anschließend schien der Firma Weg der Gang der Dinge zu ruhig zu gehen. Man importierte einen Tisch aus Thüringen, welcher sich anscheinend Mühe gibt, echt „waterlandisches“ Porzellan herzustellen, denn unter Aufsicht eines Tischschmidts, seines Zeichens Lohnbuchhalter, betreibt er eine rege Agitation für den Stahlhelm. Tisch wurde und schon vor seinem Anzuge an dieser Stelle gekennzeichnet, aber es muß zugestanden werden, daß die Erwartungen noch bei weitem übertraffen wurden. Seine vornehmste Aufgabe scheint zu sein, den Betrieb durch Stillelegungsanträge rentabel zu gestalten, die Belegschaft ist in wenigen Monaten um die Hälfte zurückgegangen, der Beamtenapparat ist aber noch derselbe. Auf fast drei Arbeiter kommt ein Angestellter. Wie unter solchen Umständen die Rentabilität gewährleistet sein soll, ist uns ein Rätsel. Ein ganz besonderer Vorn im Auge scheint ihm der Betriebsrat und die Besetz- und Preiskommission zu sein. Auch der Organisation scheint er nicht ganz hold zu sein. Trotz Tarifvertrag und Betriebsratsgesetz hat er es sich zur Aufgabe gemacht, die unzureichenden Einrichtungen aus dem Wege zu räumen; wer nicht nach seiner Weise zu tanzen beliebt, liegt ganz einfach. Selbst die Ermahnungen des Herrn Gewerbeschaffers sind ihm Luft. „Was ich durchgehen will, lebe ich doch durch, und wenn es Tausende von Marx'istern, ist kein Verlust.“ Wenn der Schein nicht trügt, geben die ganzen Manipulationen dahin, den Betrieb zur Pleite zu bringen, auf der anderen Seite werden aber sämtliche Defekte repariert, was wiederum Anlaß zum Denken gibt. Mancher hat sich schon darüber gewundert, daß die Firma diesem Treiben stillschweigend zusieht. In der Gemeinde Freiwaldau wird jetzt mit dem Bau eines 24-Familienhauses begonnen. Tisch hat an die Gemeinde gleich das Ansuchen gestellt, der Firma sämtliche Wohnungen zur Verfügung zu stellen, um „Nachleute“ heranzuziehen zu können. Das damit nur solche gemeint sind, deren Geldbeutel der Stahlhelm nicht für uns Taffache. Als Beweis führen wir an: Als Tischschmidt eines Tages von einem Arbeiter darauf aufmerksam gemacht wurde, warum er nur die Minderleistung von Nichtstahlhelmen leiste, gab er zur Antwort: „Weber Tisch, wenn Sie Stahlhelm, da derselben Sie ihr Geld auch leichter.“ Herr Tisch soll sich den Zahn ziehen lassen, daß er annimmt, von der Gemeinde zu keinem Zwecke nur so lange eine Wohnung zu erhalten, wie wir als Arbeiter noch entschlossene Einflüsse in der Gemeindevolitik haben. In der Hauptsache geben die Manipulationen dahin, die Vertretung der Arbeiterschaft und die öffentlichen Instanzen voll und ganz auszuschalten, die A-

Kahla A.-G. entläßt 200 Beschäftigte.

Am 20. Oktober d. J. wurden rund 260 Arbeitern und Arbeiterinnen der Porzellanfabrik A.-G. Kahla in Kahla sogenannte Blaue Briefe zugestellt, in welchen ihnen eröffnet wurde, daß die Betriebsleitung keinen Wert mehr auf ihre Mitarbeit beim Schaffen von müßelosem Profit legt. Diese läbliche Tätigkeit will man nunmehr einer geringeren Zahl überlassen, denn im Zeitalter der Nationalisierung muß es möglich sein, mit der Hälfte der bisherigen Belegschaft hohe Dividenden für die Aktionäre, ansehnliche Gratifikationen für die Aufsichtsräte und Tausende von Reichsmark Monatsgehältern für den Schwarm von Direktoren und andere überflüssige unproduktive Einrichtungen zu erschuften. Denn daß bei dem zweiten „Schub“, der in Höhe von rund 200 noch zur Entlassung kommen soll, die Hälfte der Direktoren und der sonstigen, unheimlich zahlreich vorhandenen „Betriebsleiter“ — zu deutsch Antreiber — ebenfalls mit zur Entlassung kommen soll, davon schreibt der „Apostel Paulus“ nichts in seinem Briefe an die Korinther“

Ueberrascht von der „Demobilisierungsbombe“ wurden eine Anzahl (wohl die Mehrzahl) von Kollegen, die den Betrieb teilweise seit 40 Jahren kennen. Sie haben das ebendiese kleine Werk durch Hingabe ihrer ganzen Arbeitskraft mit emporentwickelt und haben sich vielleicht in dem Glauben befunden und haben die Hoffnung im Busen getragen, daß sie im Alter auch ein klein wenig Dank genießen würden. Aber bedacht werden sie wahrscheinlich nicht haben, daß sie ihre Arbeitskraft nicht einer sozialistischen Gemeinschaft, sondern nur dem privaten Kapital geliehen haben, das mit ihren Kräften Wucher getrieben hat. Nun hat der Wucher seine Schuldigkeit getan, nun kann er gehen! Alle diese Kollegen sind auch wieder einmal um viele Hoffnungen ärmer, aber auch um eine Erfahrung reicher. Denn, die die Dinge mit offenen Augen betrachten, konnte das, was sich hier abspielt, nicht überraschend kommen; denn es liegt uns einmal im Wesen der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise, daß nur Kräfte eingepaßt werden in den Produktionsprozess, die von vornherein und auf eine unabsehbare Zeitspanne die erforderlich erscheinende Profitrate sichern. Die nunmehr auf diese Weise in der Genuß von unfreiwilligem häßlichen Urlaub“ Gefommenen haben wieder einmal Anlehnungsunterricht genossen, wie es mit dem Dank und der Sorge der Kapitalisten und ihrer Satinen befehlt ist. Wenn auch reichlich hat, so doch werden sie nunmehr zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß es nichts ist mit dem Wohlwollen der Besitzer der Produktionsmittel. Fast und herablassender, als die Auswirkung der dem Privatkapitalismus immanente“ Weisheit (Paul Marx) zeigt sich in der hier geschriebenen Mahnung der Direktion der A.-G. Kahla. Leute, die gerade erst in „Leitende“ Stellung in den Betrieb hineingerufen haben und deren einziges Verdienst um den Betrieb nur darin besteht, daß sie von dem erkrankten Meister tabellarische Sum-

men einstecken, verurteilen Hunderte von jahrzehntelang Werteschaffenden mit einer Handbewegung zur Laten- und Verdienstlosigkeit! Aber alle die „Alten“ so bitter Enttäuschten werden sich trösten in dem Bewußtsein, daß ihr Fleiß und ihr Können, die sie 25, 30 ja 40 Jahre der A.-G. Kahla zur Verfügung gestellt haben, mit dazu beigetragen haben, daß sich ein Goldstrom aus dem Betriebe in Kanada ergoß, die nach allen Richtungen der Winde hinfliessen. Kristallischer Arbeiter-Schweiß, der sich verriet zu fabelhaften Summen, die die Aktionäre, Aufsichtsräte, Direktoren et tutti quanti in den langen Jahren mühselos und ohne einen Tropfen Schweiß zu vergießen, einheimischen konnten. Es wird ihnen allen, den nunmehr zum alten Eisen Geworfenen eine Ermengung sein, zu wissen, daß sie sich von ihrem „Lohn“ weder eine Wille mit dem Komfort eines Direktors bauen, noch sich Autos zulegen konnten. Auch werden sie froh sein, nicht die teuren Wadereifen von monatlicher und schließlich noch längerer Dauer gemacht zu haben wie jene, die „es notwendiger“ brauchen. Vielen werden die nunmehr in 14 Tagen Feiern gerne vergönnen, sich in trautem Heim wahlzufühlen, moderne Verkehrsmittel zu ihrer besonderen Bequemlichkeit zu benutzen und sich monatlang von den Strapazen zu erholen, die — andere hatten. Es bleibt schließlich für jeden etwas übrig, nämlich, für den einen der Genuß und für den anderen die Betrachtung! Und für diejenigen, für die nur Betrachtungen übrig bleiben, sind diese Zeilen geschrieben: Für die Jungen und die Alten! Wenn die Betrachtungen richtig angestellt werden, dann ergeben sich auch die richtigen Schlussfolgerungen. Und die können nur die sein: Die gegenwärtigen Zustände sind unhaltbar und bedürfen dringend der Aenderung. Dies zu erreichen, ist der alles umfassende Zusammenschluß in einheitlicher, politischer und gewerkschaftlicher Organisation erforderlich. Während die politische Organisation für Auf- und Ausbau der sozialen Gesetzgebung, dermaße deren der verbrauchte Arbeiter mit froherer Zuversicht auf Existenzmöglichkeit dem Tage entgegensehen kann, an dem er aus dem Produktionsprozess ausgeschoben zu werden verdient und ein Anrecht hat, sei es infolge frühzeitigen Kräfteverbrauchs oder Kräftezerstörung (Unfall), oder sei es infolge Alters, zu sorgen hat, arbeitet die gewerkschaftliche Organisation unablässig und konsequent auf die Abänderung des harten Gesetzes der Verteilung und auf Beseitigung der Schattenseiten der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung hin. Die Betriebsdemokratie im vollendeten Maße zu erringen, ist ihr Ziel. Die Gewerkschaft ist ein Instrument der Eigenhilfe, das die Arbeiterschaft solange handhaben muß, bis es überflüssig wird. Und das wird der Fall sein, wenn die sozialistische Gesellschaftsordnung und die gemeinwirtschaftliche Produktion errichtet sein werden, wenn produziert werden wird nach dem tatsächlichen Bedarf und nicht wie heute, nur um des privaten Profits willen.

beiterchaft durch Arbeitslosigkeit und Ungewißheit in ihrem Schicksal würde zu machen, um dann die Bezahlung der Vorkosten nach Quittungen oder Bescheiden vorzunehmen; daß sich aber in der Erkenntnis dieser Tatsache noch heute finden, die der Firma unter die Augen kriechen, ist unverständlich. Auch ist es sehr neugierig, wie sich die Beiträge und die Unterhaltungen in unserer Organisation gestalten; er würde besser tun, die Finger davon abzulassen, um sich um seine redigierten Mitarbeiter besser kümmern zu können.

Porzellanarbeiter von Freilichtbau, laßt sich durch solche Mängel nicht mangelnd machen, halbiert der Organisation die Treue, dann sie ist die anerkannt beste Vertretung der Arbeiterchaft, sonst würde sie seitens unserer Gegner nicht bestanden, sondern gefördert werden. Tatsache ist, daß man sich wieder braucht. Gleich mit seinem getreuen Wechselschicht werden sich ihr Vorkosten bestimmt nicht selber machen. Ruht nicht eher, bis auch der letzte Mann unserer Organisation, dem Porzellanischen Bund im Verband der Fabrikarbeiter angegeschlossen ist. Nehmt den Kampf um eure Rechte an, nur dadurch werden wir als Sieger den Kampfplatz erobern!

Tschekoslowakei.

Die Bahnverhandlungen unserer tschechoslowakischen Kollegen hatten folgenden Ergebnis:

1. Mit Wirksamkeitsbeginn vom Montag, den 15. Oktober 1928 worden die bisherigen Effektivlöhne sämtlicher in den Maschinenfabriken beschäftigten männlichen und weiblichen Arbeiter aller drei Tarifklassen um 4 Prozent erhöht.
2. Die im Kollektivvertrag vom 1. August 1927 enthaltenen Mindestlöhne erfahren mit demselben Wirksamkeitsbeginn vom 15. Oktober 1928 in allen drei Tarifklassen eine Erhöhung um 5 Prozent.
3. Als Grundlage für die Vergleichen der neu erstellten Mindestlöhne mit den zur Abschlagung zu dringenden Effektivlöhnen wird der Durchschnitt der vier Wochenlöhne vor dem Montag, den 6. August bis Samstag, den 1. September 1928 genommen.
4. Die Vergleichen zwischen den neu erstellten Mindestlöhnen und den Effektivlöhnen sowie die sich ergebende Nachzahlung auf Grund der neuen Mindestlöhne vom 15. Oktober 1928 beginnend, hat spätestens bis Samstag, den 17. November 1928 zu erfolgen.
5. Bei Streitfragen über die Auslegung und Anwendung der vorstehenden Vereinbarungen entscheidet der im Kollektivvertrag unter Punkt 12 vorgesehene Schlichtungsausschuß.

Wasf hat damit nicht alle Forderungen erfüllt, aber die Kollegenchaft nahm sie an, weil die nach bestehenden Differenzen einen anstreichen Kampf nicht gerechtfertigt hätten.

Seib.

Die Nationalisierung und Technisierung führten auch die Seiber Porzellanfabrikanten, soweit dies möglich war, durch. Die Nationalisierung betraf jedoch nur die Arbeiter, in den Direktionen war nichts davon zu merken. Vor allem wurde ver-

sucht, den Produktionsgang in den Brennöfen zu beschleunigen. Das bedeutet für die Brenner nicht etwa leichteres, verunfallungsfreies Arbeiten, wie es im Wesen einer wirklichen Nationalisierung liegt, sondern eine gesundheitliche Gefahr, weil die Öfen nicht mehr ausbleiben und die Draußenarbeiter die noch viel zu heißen Öfen ausweichen müssen. Selbstverständlich verstehen es die verantwortlichen und nicht verantwortlichen Betriebsleiter und Meister, so geschickt anzuordnen, daß die Schuld auf die Arbeiter fällt, wenn beim Ausweichen zu heißer Öfen etwas passieren sollte. Da auch sonst die Seiber Porzellanfabriken keine Sanatorien sind, da die engen Wohnverhältnisse und zum Teil die geringe Entlohnung eine reichliche Ernährung und Erholung nicht ermöglichen, ist der Krankenstand ziemlich hoch, erreicht 11,2 Prozent. Daran haben die Frauen wieder einen großen Anteil, weil sie immer mehr zu Männerarbeiten herangezogen und durch einige Zusatzarbeiten dazu verleitet werden. Es macht sich aber auch in der Qualität der Porzellanindustrie bemerkbar, daß die Männerarbeit mehr und mehr von Frauen und Mädchen geleistet wird. Man es hoch vor, daß Männer angeblich wegen Mangel und Oeureparatur befristet arbeiten, während Doppelverdienerinnen gesunde Arbeitskräfte waren. Viele Frauen sollten wahrlich etwas mehr auf ihr höchstes Gut, die Gesundheit, achten, wenn sie nicht unbedingt aus dringender Not zum Arbeiten in der Fabrik gezwungen sind. Vieles könnte in dieser und anderer Beziehung noch verbessert werden, wenn der organisatorisch-gewerkschaftliche Zusammenhalt noch stärker wäre. Darum mehr und mehr agitieren, damit der Porzellanische Bund im Verband der Fabrikarbeiter eine unerlöschliche Macht den Porzellanindustriellen gegenüber wird.

Internationale Kartellierung.

Der Verband mittel-europäischer Emailhersteller, dem die maßgebenden deutschen, österreichischen, polnischen, tschechoslowakischen und ungarischen Werke angehören, hat eine bemerkenswerte Resolution erlassen. In seiner letzten Sitzung wurden grundsätzliche Beschlüsse gefaßt über Festsetzung der Preise, über Abwanderung, Farbveränderungen und sonstige Produktionsbedingungen. In Übereinstimmung mit den Bestrebungen deutscher Emailhersteller wurde beschlossen, den Verkauf für die angeschlossenen Werke gemeinsam vorzunehmen. Aus diesem Grund wurden allgemeine Verkaufsmassnahmen für Asien, die Levante und Afrika, ferner für Zentralamerika festgelegt. Man erwartet von diesen Massnahmen eine Besserung der Geschäftslage und eine Steigerung der Produktion. Es ist nicht zu verkennen, daß die Strohkraft der hier zusammengeschlossenen Werke durch diese internationale Regelung der Verkaufsbedingungen sehr gewachsen ist. Nebenfalls beweist auch dieses Beispiel wieder, wie die internationale Kartellierung fortschreitet.

Reichsporzellanwoche.

Die diesjährige Reichsporzellanwoche ist bis Anfang November verlagert worden. Die in vielen deutschen Städten sehr gut ausgestatteten Schaufenster finden eingehende Beachtung beim Publikum. Öffentlich wird auch reger gekauft.

nicht zuviel Unkosten zu bereiten. Den Speisefaal und die Schlachtküme zu beschreiben, ist hier unmöglich. Auf die vielen Mängel einzugehen, würde zu weit führen. Aber im allgemeinen kann man sie als vollgegliedert bezeichnen. Da die Biegel in einer Hauptstraße von Dortmund liegt, wundert es einem doch, daß die zuständigen Behörden keine Notiz davon nehmen. Auch der Meister als Betriebsleiter läßt alles seinen alten Gang gehen. Nur den heißt es nur, wichtig was schaffen, nichts sagen, und auf Wunsch der Köchin oder seines Bruders, der sich die Krone der Biegel nennt, Leute zu entlassen. Aber diesen Umständen wäre ein Ende zu bereiten, wenn alle Kollegen den Weg zur Organisationsleiter fänden. Darum, ihr Hingeworlenen! Eineln in den **Porzellanischen Bund**, Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter, und dann den Herren geplat, was eine Karte ist!

Göschwig.

Unter starker Beteiligung fand am 11. Oktober die Betriebsratswahl bei der Firma Brülling & Co., Feuertwerf, Göschwig a. d. Saale statt. Zur Wahl stand neben der freigewerkschaftlichen Liste auch eine gelbe Liste. Von 220 Arbeitern beteiligten sich an der Wahl 200. Auf die Liste der freien Gewerkschaften entfielen 246 Stimmen, das sind 20 Stimmen mehr als 1927, auf die gelbe Liste 45, das sind 15 Stimmen weniger wie 1927.

Trotz der Bestätigung der am 1. Oktober mit der Umstellung zur Dreischicht Neueingestellten von etwa 20 Arbeitern haben die Gelben die Quittung für ihr Handeln erhalten. So verlor auch das gelbe Flugblatt ansatz, ist die Niederlage eine ganz gewaltige gewesen. In diesem Flugblatt hat der Wertverein eine ganze Reihe präzisier Fragen gestellt und sie auch ebenso präzis beantwortet.

- Frage 1: Wer hat der Belegschaft 1927 die Weihnachtsgabe verweigert?
2. Wer hat die Verkürzung der Arbeitszeit heraufgeholt?
3. Wer hat den verbesserten Mantelvertrag zum Abschluß gebracht?
4. Wer hat der Belegschaft die ausserordentlichen Vorkosten bezahlt?
5. Wer wird in Zukunft für die Göschwiger Arbeiter Vorkosten erbringen?
6. Wer hat die Göschwiger Arbeiter vor Schäden bewahrt, vor Behinderungen durch vorzeitige Verkürzung der Arbeitszeit? durch vorzeitige Arbeitslässe?
7. Wer wird auch in Zukunft vor Schäden bewahren?

Antwort:

Der Vaterländische Arbeiter- und Werkverein. Die Stellungnahme der freien Gewerkschaften zu den Massen ist bekannt. I. W. Vorkosten mehr zeitliche für den Arbeiterhandwerk eine jährliche Mehreinnahme von 20,12 M gegenüber den fürstlichen Akteuren der gelben Obegemeinschaft von 10 M. In den Jahren vorher gab es einen Warengutschein von 6 M, nicht etwa für den Konsumverein, sondern für die Brüllingische Verkaufsstelle in Göschwig, weil es dort Waren gab, die andere nicht genug abnahmen.

Auf Verkürzung der Arbeitszeit ist zu sagen, daß auf der gelben Seite in Göschwig, Thüringen, der letzte Bezirk der deutschen Feuertwerfindustrie ist, der zur Dreischicht und zum Weltkulturbetrieb übergeht, allerdings gezwungen durch die freien Gewerkschaften im übrigen Deutschland.

Im verbesserten Mantelvertrag liegt der ganze Erfolg darin, daß im Jahre des § 110 des BGG bei Todesfall acht Stunden acht Stunden bezahlt werden. Sämtliche anderen Verbesserungen des Schloßbruchs für die freien Gewerkschaften hat die gelbe Obegemeinschaft fallen lassen.

Angehaltliche Vorkosten sind im April in Höhe von 12 bis 18 M. in Westfalen durch Kampf, in Norddeutschland durch freie Vereinbarung mit den freien Gewerkschaften abgeschlossen. Allerdings mit einer Danksatz vom 15. April bis 31. März 1928.

Die Gelben waren auch mit 10 M. zufrieden und nahmen eine Danksatz bis Ende September 1928 in Kauf. Während die bedeutend höheren Vorkosten in Westfalen und Norddeutschland am 17. April 1928 in Kraft traten, vereinbarte der Westvorort die Zulage ab 1. Oktober 1928. Für die Zeit ab 1. April 1928 bis zum 30. September 1928 gibt es eine Teuerungszulage von 15 M, das sind 2 1/2 M pro Stunde.

Die Arbeiter, das sind nach den Angaben der Firma zwei Drittel, gehen vollkommen leer aus. Im Gegenteil. Die „Innere“ Schwarzmaasfirma hat Arbeiter zu Lohnarbeitern begabert, wo eine mindere Entlohnung von 22 M pro Woche eintritt. Vorher hatten diese Verdienst: 50 Stunden mal 1 M, jetzt 48 Stunden mal 72 M.

Von wem die Thüringer Feuertwerf für die Zukunft vertreten sein wollen, hat die Betriebsratswahl deutlich bewiesen.

Trotz der „Erfolge“, die durch freigewerkschaftliche Betriebsarbeiter errungen, den Gelben in Göschwig zu einem Teil durch die Untergründer zugestanden wurden, um die verfluchten freien Gewerkschaften zu erlösen, hat die Erfahrung der Betriebsarbeiter gesagt. Ein weiteres Jahr Untergründer haben wir hinter uns, mit ganz beachtlichen Erfolgen. Um unserer selbst willen dürfen wir nicht ruhen und rasten bis der letzte Mann für uns gewonnen ist. Auch die Thüringer Feuertwerf müssen aus diesem Verrat der gelben Gesellschaft lernen und fest auf die Gelben stellen, wo wahre Menschenliebe, Wahrheit und Recht als Grundpfeiler unseres Handelns gelten und das ist im Porzellanischen Bund.

Frechen.

Nach längerer Bemühungen des Porzellanischen Bundes ist Frechen, auch für die Blumentopf- und Blumentopffabrik in Frechen, als Sanatorium mit folgenden Änderungen ab 2. Oktober 1928 angetreten: Alle Frechenlöhne sind auf den Stundenlohn von 8 M, ein wöchentliches Monatszuschlag von 10 und 6 M, in 60 M, gesetzt. Der Wochenlöhnezuschlag beträgt für die erste Überstunden taglich 15 Proz., und für die zweite Überstunden taglich 20 Proz. Die Anlaufkosten stellen ab 1. April 1928.

Der Rahmenvertrag der Frechener Steingruben-Industrie wird mit folgenden Änderungen übernommen: Der § 1 erhält folgenden Wortlaut:

Die normale wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden. Diese sind auf die sechs Wochentage zu verteilen. Bei betrieblicher Notwendigkeit ist Mehrarbeit bis zu 12 Stunden pro Woche gestattet, wenn die Betriebsleitung ihre Zustimmung erteilt.

Akkordziegelmeister.

In der Vorkriegszeit war es in einem großen Teile der deutschen Ziegelindustrie üblich, daß Ziegelmeister die Produktion eines Ziegels im Akkord übertragen. Die Ziegelmeister waren bestrebt, die Akkordverträge zu abzuschließen, daß sie wenig Risiko hatten, dagegen dem Ziegelmeister alles aufzubereiten. In den meisten Fällen lieferten die Meister nur die Kohlen, stellten die zur Herstellung der Ware benötigten Werkzeuge, ferner die Betriebsanrichtung, zur Verfügung. Während der Ziegelmeister die Zente anwerben mußte und laut Vertrag für den Lohn der Ziegler haftbar war. Dinsu kommt noch, daß während der Kampagne die Ziegler nur Abschlagszahlungen erhielten und der Rest des Lohnes bis Schluß der Kampagne stehen blieb. Nicht selten trat daher in Erscheinung, daß die Ziegler im ihren Löhnen verdienten Lohn betrogen wurden. Möchte es nun sein, daß der Ziegelmeister von dem Meister selbst kein Geld erhielt, aber daß der Betrieb so billig angenommen war, daß mit dem besten Willen nichts zu verdienen war. Allgemein herrschte daher schon in der Vorkriegszeit die Bestrebung, diesen unhaltbaren Zuständen ein Ende zu machen. Vorwiegend gingen diese Bestrebungen von den Ziegler selbst aus. Aber auch vernünftige und einflussvolle Ziegelmeister haben ein, daß es richtiger sei, daß auch die Ziegelmeister im Lohn, bezw. im Gehalt arbeiteten. Nach Beendigung des Krieges wurde auf diesem Gebiete Wandel geschaffen. Nachdem für die Ziegler überall Mantel- und Lohnartikel abgeschlossen worden, erhielten auch die Ziegelmeister fast durchweg Gehalt. Es war dies vorteilhaft für den Ziegelmeister und für die Ziegler, weil dadurch viel Streit aus dem Wege geräumt wurde. War es doch früher so, daß nicht bloß allein die Ziegler für den Ziegelmeister als Unternehmer, sondern auch noch gleichzeitig für den Ziegelmeister als Hausunternehmer arbeiten mußten. Letzterer hatte das Bestreben, einen möglichst großen Gewinn für sich aus seinem Akkordverträge herauszuwirtschaften. Seit einigen Jahren versuchen nun wieder sehr viele Ziegelmeister, ihren Betrieb einem Ziegelmeister im Akkord zu übertragen. Genau so wie früher versuchen sie, alle Kosten in finanzieller und sozialer Hinsicht neben der Haftung für den Lohn der Ziegler auf den Ziegelmeister abzuwälzen. Es muß bezweifel unser Bestreben sein, diese Übertragungen der Ziegelmeister aufmerksam zu verfolgen, um Arbeit von der Zieglerchaft fernzuhalten. Wir hoffen, daß der vernünftige Teil der Ziegelmeister diese unsere Bestrebungen unterstützen. Zwar haben wir fast durchweg in allen Lohn- und Tarifverträgen einen Kaffas, daß der Ziegelmeister für den Lohn haftbar ist.

Jedoch gehören nicht alle Ziegelmeister dem Akkordverträge an, und selbst wenn diese Kassenleiter nicht unter vernünftigen Bestimmungen. In dieser Zeit ist es vorgekommen, daß Arbeitsgerichte auf Grund der vorgelegten Akkordverträge die zwischen einem Ziegelmeister und Zieglermeister abgemachten, nicht der Ziegelmeister, sondern der Ziegelmeister als Hausunternehmer für den Lohn haftbar war. Einige Ziegelmeister waren jedoch unglücklich, und somit die Ziegler nicht zu ihrem Gehalt gekommen. Es kann deswegen nicht bezweifelt genug den Ziegler empfohlen werden, sich zu Ziegelmeister durch den Ziegelmeister zu erkundigen, ob auch der Ziegelmeister für den Lohn haftbar ist.

Die Rechtsprechung der Gerichte ist in der Frage, ob der Ziegelmeister oder der Ziegelmeister bei Akkordverträgen für den Lohn haftbar ist, nicht einheitlich. Es gibt Urteile, die den Ziegelmeister für den Lohn haftbar machen, aber auch andere, die den Ziegelmeister als Hausunternehmer ansehen. Es kommt bis zu einer gewissen Grade auf die Formulierung der Verträge an. Vorwiegend stehen für die Gerichte auf dem Standpunkt, daß die Ziegler als Hausunternehmer eines Ziegelmeister-Akkordverträge rechtswirksam sind, soweit in denselben die Steuern und die Kosten auf den Ziegelmeister abgewälzt werden. Die Haftung der Ziegler für die sozialen Versicherungsbeiträge aber unter allen Umständen für diese Kosten haftbar sind. In letzter Zeit sind in der Hauptsache der deutschen Ziegelmeister über die rechtliche Stellung des Akkordvertrages einige interessante Artikel von Dr. Georg, Siegel a. d. Lohn, geschrieben worden. In diesen Artikeln wird teilweise die Stellung des

Akkordziegelmeisters so angelegt, daß unter Umständen der Ziegelmeister für den Lohn der Arbeiter, bestimmt aber für Steuern und soziale Abgaben haftbar sei. Während andererseits Juristen in ihren Artikeln den Nachweis zu erbringen versuchen, an Hand von gerichtlichen Entscheidungen, daß wohl der Ziegelmeister für die Steuern und sozialen Abgaben haftbar sei, daß jedoch dann, wenn der Betrieb an einem Ziegelmeister im Akkord übertragen wäre, der Ziegelmeister als Hausunternehmer für den Lohn haftbar sei.

Jedenfalls einwandfrei klar gestellt ist die rechtliche Stellung des Akkordziegelmeisters in der deutschen Rechtsprechung bis jetzt nicht. Es gibt aber auch Juristen, die die Auffassung vertreten, daß Steuern und soziale Kosten auch von dem Ziegelmeister zu tragen seien.

In diesem Streit der Meinungen schreibt die Verlagsgesellschaft Charlottenburg folgendes:

Nach § 139 der Reichsversicherungsordnung (und auch nach den betreffenden Bestimmungen der früheren Versicherungsgeetze) ist es Arbeitgebern unterlagt, durch Uebernahme der Anwendung der Vorschriften des genannten Gesetzes in irgend einer Weise zum Nachteil der Versicherten — also auch der Akkordanten — auszuschließen. Im Absatz 2 des erwähnten Paragraphen heißt es ausdrücklich: Vertragbestimmungen, die dem zuwiderlaufen, sind nichtig. Ferner bedroht § 111 der Reichsversicherungsordnung Unternehmer, die vorsätzlich Unfallversicherungsbeiträge ganz oder teilweise auf das Entgelt anrechnen, mit Geldstrafe bis zu 10000 M oder mit Haft, wenn nicht nach anderen gesetzlichen Vorschriften härtere Strafe verhängt ist. Die Beiträge für die Berufsgenossenschaft sind also in ganzer Summe mit von dem Unternehmer zu tragen. „Unternehmer“ im Sinne der Reichsversicherungsordnung ist aber nach der ständigen Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes nicht der Ziegelmeister (Akkordmeister), sondern der Eigentümer der Ziegler, also der Auftraggeber des Ziegelmeisters. Der Meister ist ebenso wie jede seiner Hilfskräfte nur versicherter Person im Betriebe seines Auftraggebers. Der Berufsgenossenschaft gegenüber ist stets der Unternehmer selbst (oder sein gesetzlicher Vertreter) verantwortlich. Es sei denn, daß er einen Teil seiner Pflichten gemäß § 113 (nicht § 114) der Reichsversicherungsordnung auf den Ziegelmeister übertragen hat. Niemals fällt jedoch hierunter die Verpflichtung zur P... der Beiträge. Uebrigens kann ein Akkordmeister nicht als Betriebsleiter im Sinne des § 113 der Reichsversicherungsordnung, sondern nur als Aufsichtsperson angesehen werden. Aber auch dann, wenn der Unternehmer dem Ziegelmeister gewisse Verpflichtungen überträgt, so haften er selbst für etwaige Verletzungen des Meisters, besonders für Gehaltsrücklagen, die der Berufsgenossenschaft vorzulegen hat und die der Meister mangels Zahlungsfähigkeit nicht beizutreiben sind. Des Reichsversicherungsamtes hat auch entschieden, es sei die... der Unternehmer, Akkordverträge bereit einzurichten, daß die Unternehmer in der Lage sind, die ihnen obliegenden... Verpflichtungen (z. B. Führung der Lohnlisten), Aufstellung der Lohnnachweise, Einreichung der Unfallanzeigen) zu erfüllen. Konrad Posthast, Weimold.

Wo ein Major a. D. regiert.

Traurige Zustände bestanden während der Kampagne noch an der Rheinischen Biegel a. M. b. D. in Dortmund, Westfalenstraße, wo die Biegel noch nicht in einer unabhängigen Wohnung wohnen. Sieh schon die Hude von außen einem alten Schornstein oder Schornstein ähnlich, so wird man davon um so mehr überzeugt, daß ein Stall davor steht, wenn man ihn selbst betritt. Vor der Hude steht ein offener Schutt- und Schuttbehälter hin, der natürlich für die besten Gerüche sorgt, daß die Hunde aus dem Stall zu Bett abzieht. In der Hude herrscht allerdings dieselbe Anordnung, da in einem Topf Pfeffer, Wasche, und was von einem Kollegen behauptet wird, sogar Schweinefutter darin gelocht wird. Wie arm die G. m. b. H. sein muß, läßt sich daraus ersehen, daß die Ziegler mangels Arbeit ohne Licht waren, daß werren tagelang keine Hirnen abzuweiden, bis sich der Meister einmal bequeme, zwei Licht aus dem Büro holen zu lassen, in der steten Angst, der Firma

auch für die Heimarbeiterrinnen ein Tarif besteht. Da jedoch nicht alle Arbeitgeber diesen Tarif kennen, ist von der Gewerkschaft die Regierung Antrag gestellt auf Schaffung eines Sachausschusses. Dem Antrag ist inzwischen Rechnung getragen. Am 1. Oktober 1928 gilt der Sachausschuss als geschaffen und kann demnächst bald seine Tätigkeit zugunsten der Heimarbeiterrinnen aufnehmen.

Aus dem vorgelegten statistischen Material ist ersichtlich, daß wir im Gau 15 über 718 zuständige Betriebe verfügen. Darin sind 53 000 Personen beschäftigt, wovon bei uns rund 31 000 und in anderen freien Gewerkschaften rund 5000 organisiert sind. Das Organisationsverhältnis beträgt also rund 67,5 Proz. Dieser Prozentsatz wird wesentlich überschritten von 8 Industriegruppen, wobei die Zement-Industrie mit 94 Proz. an der Spitze steht. Am schlechtesten ist das Organisationsverhältnis der Seifen-Industrie.

In bezug auf die Betriebsvertretungen kann festgestellt werden, daß die Betriebe fast reiflos mit Betriebsräten versehen sind, und daß auch in den kleineren Betrieben in sehr vielen Fällen Obleute bestimmt sind. Ueber 1000 unserer Mitglieder sind in der Betriebsvertretung tätig. — Zum Teil weisen auch zum Schluß noch angeführt werden, daß einige andere freie Verbände sich nicht immer auf ihr Agitationsgebiet beschränken und sich in das uns vom Vorstand des DGB überwiesene Zuständigkeitsgebiet eindringen. Es war notwendig, daß diese Tatsache in der Konferenz festgestellt wurde, damit sich die anderen Verbände entsprechend einrichten. Wird Abhilfe nicht geschaffen, mühten wir schließlich mit gleichen Mitteln arbeiten.

Zum Geschäftsbericht sprachen die Kollegen Vob, Hamburg, Pippke, Lübeck und Seidenschaur, Harburg-W. Hierbei wurde durch den Kollegen Vob die Bestimmung über die Arbeitszeit im Seifentarif bemängelt und der Vorstand beauftragt, hier für eine Veränderung einzutreten. — Kollege Pippke nimmt Bezug auf die Lumpen-Reihereien und -Sortieranstalten, wobei auf die verschiedenartigen Löhne hingewiesen wird. Schaffung von Reichs- bzw. Bezirks-Lohnverträgen wäre notwendig. Vom Vorsitzenden wurde darauf hingewiesen, daß dies nicht gut möglich ist, da sich in dieser Industriebranche sowohl der Verkehrs- als auch der Textilarbeiter-Verband mit uns um die Mitglieder bewerben.

Der Kollege V. u. t. h., Hamburg-Altona, als Schriftführer des Gauvorstandes, berichtet über die vorgenommene Revision der Gausätze und gibt bekannt, daß Bücher, Belege, Geld, sowie die Karten zur Angelegenheitsversicherung und Mitgliedsbücher in besserer Ordnung waren. Er beantragt Entlastung des Gauvorstandes. Dies wird einstimmig beschlossen.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung erhielt der Kollege Schwarz das Wort, der in ausgiebiger Weise das gesamte vorgelegte statistische Material besprach, auch über Mitgliederbewegung sowie Beitragsleistung und die Erfolgsmöglichkeiten bei Lohn- und Tarifstreitigkeiten sprach er. Es wurde in diesem Referat auf die Verschiedenartigkeit des Mitgliedsverhältnisses, aber auch der Beitragsleistung in den einzelnen Betrieben hingewiesen. Es wurden Vergleiche angestellt, aus denen hervorgeht, daß nicht überall mit dem erforderlichen Eifer gearbeitet wird und daß sich daraus die Nachteile für unsere Mitglieder ergeben. Den Zahlstellen mit großer Mitgliederfluktuation wurden andere Zahlstellen mit einer konstanteren Bewegung gegenübergestellt. Ebenso wurde hervorgehoben, daß in Punkte Beitragsleistung noch sehr vieles gebessert werden kann und muß. Der Referent betont, daß es zweifellos vom größten Einfluß bei Lohn- und Tarifstreitigkeiten ist, wie sich einmal das Mitgliederverhältnis in den einzelnen Betrieben darstellt, zum anderen aber auch, wie die Finanzen des Gesamtverbandes beschaffen sind. Sind die letzteren gut, dürfte eine größere Bereitschaft der Arbeitgeber erreicht werden. Sind die Finanzen schlecht, dürfte das Gegenteil eintreten, so daß jedes Mitglied das größte Interesse daran hat, daß in seinem Betrieb die Organisation voll ausgebildet wird und auf der anderen Seite auch die Finanzen sich so günstig gestalten, wie es durch die Lohn- und Abford.-Verdienste usw. möglich ist.

An der Aussprache über diesen Vortrag beteiligten sich die Kollegen Nowak, Harburg-W., Vob, Hamburg, Pippke, Lübeck, Brüll, Hannover, Sprung, Hünim-Kesselführen, Herwegen, Weiterland, Hilpmann, Hamburg, Schwarz, Hamburg, Bender, Voizenburg, Müller, Garbura-W., Seidenschaur, Harburg-W., Frih, Brunsbüttelkoog, Schulz, Hamburg. — Diese Kollegen besprachen die Verhältnisse der einzelnen Orte, wiewohl auf verschiedene Hindernisse im Organisationsverhältnis hin, gaben aber auch bekannt, daß nicht immer das richtige Beitragsverhältnis herbeizuführen sei, weil nicht überall die gleichen Voraussetzungen für einen hohen Beitrag gegeben sind.

Das weitere wird auf die tariflichen Bestimmungen aufmerksam gemacht, die durch ihre Unklarheit oder die von den Arbeitgebern angeordnete Auslegung nicht immer förderlich für die Agitation seien. Es wurde daher zum Ausdruck gebracht, daß die Gewerkschaft sich bemühen soll, bei Abschluß von Reichstaxen auf diese Hindernisse aufmerksam zu machen und für bessere Arbeit zu sorgen.

Bei der Aussprache wurde auch angeregt, eine Arbeiterinnen-Konferenz abzuhalten, woran jedoch nicht weiter Bezug genommen wurde.

Zu seinem Schlusswort betonte Kollege Schwarz, daß er nicht auf alle Punkte eingehen konnte, aber der Zweck des Vortrages erreicht sei. Man muß alle Möglichkeiten erschöpfen, damit werden die Erfolge bei Tarif- und Lohnbewegungen nicht ausbleiben. Um die Widerstände, die Verschiedenartigkeiten innerhalb der einzelnen Zahlstellen nachzuweisen, wurde auf das vorliegende statistische Material verwiesen.

Nach der Aussprache über diesen Punkt wurde die Tagung für den 1. Oktober 1928 geschlossen.

Die Zahlstelle Kiel hatte alle Delegierten eingeladen, an ihrem nächsten Sitzungstage bzw. der nächsten Versammlung teilzunehmen. Die Zahlstelle Kiel hat die Delegierten gern aufgenommen und hat das Recht der Zahlstelle nicht nur den Verfall aller Mitglieder erhalten, sondern es kann auch gesagt werden, daß viele von den am 1. Oktober 1928 an der glänzenden Veranstaltung und Teilnahme unter der Leitung der Zahlstelle waren.

Es besonders sind die Leistungen der Kaler-Vierteltel, sowie die Einzelarbeiten lebend hervorzuheben. Die Arbeit bei der 20. Jubilare, die über 25 Jahre dem Verband angehört und trotz der Gewerkschaft haben und weiter der Aufmerksamkeit der 20. Jubilare und die Gründung der neuen Jahre des Reichstaxen-Verbandes, Zahlstelle Kiel hat die Zahlstelle unter fröhlicher Stimmung mehrere Stunden gehalten.

Am 21. Oktober 1928, 9 Uhr, wurde die Konferenz wieder eröffnet. Der Kollege Müller, Harburg-W. eröffnete den Bericht vom Verbandstag.

Vom Kollegen Hilpmann wurden im Anschluß daran einige Erörterungs-Mittelungen des Vorstandes bekanntgegeben. Im Anschluß an den Bericht vom Verbandstag wurde der Bericht vom Gewerkschaftskongress durch den Kollegen Hilpmann gegeben. Da das Protokoll vom Verbandstag bereits erschienen ist und die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses durch die Tagespresse bereits bekannt gegeben waren, konnten wir sehr kurz über den Verlauf der Verhandlungen berichten. Von einer Aussprache über diese beiden Punkte wurde abgesehen.

Darauf hielt an Stelle des verhinderten Verbandsvorstandes Kollege Bria, der Kollege Brüll, Redakteur des "Arbeiter", einen Vortrag über Wirtschaftsdemokratie. Der Referent betonte es, trotz der Kürze der Zeit, in 1 1/2 Stunden den Kameraden nicht nur einen Einblick in die bisherige Wirtschaftsgeschichte zu geben, er verband es nicht nur, den Begriff

Wirtschaftsdemokratie — jedem einzelnen klar vorzuführen, sondern er setzte auch auseinander, wie und unter welchen Voraussetzungen das Ziel der Gewerkschaften erreicht werden kann. Die Wirtschaftsdemokratie selbst befindet sich erst in ihren Anfängen, hat aber innerhalb der letzten Jahrzehnte schon eine sehr große Anzahl günstiger sozialer und wirtschaftlicher Gesetze gebracht, so daß es nur Aufgabe aller Arbeiter wäre, sich mehr den Gewerkschaften anzuschließen, intensiver mit diesen die demokratischen Grundprinzipien zu vertreten; dann würde es auch möglich sein, mit Hilfe der politischen Parteien die auf unserer Seite stehen, die Entwicklung wesentlich schneller vorwärts zu treiben.

Eine riesige Fülle von Material aus den ältesten Entwicklungsjahren der Wirtschaft bis zu den Ergebnissen der neuen Zeit wurden vorgelesen. Dabei konnte der Referent unmöglich auf alles das eingehen, was in dem Referat von Naphtali auf dem Gewerkschaftskongress enthalten war, aber sehr viele Argumente waren diesen Ausführungen entliehen, wurden durch Beispiele noch besonders ausgeführt, so daß sämtliche Anwesenden voll befriedigt wurden. — Die Ausführungen des Kollegen Brüll wurden mit großem Interesse verfolgt, und der Dank am Schluß wurde ihm in entsprechender Weise durch Beifall bezeugt.

Von einer Aussprache über diesen Punkt wurde ebenfalls Abstand genommen und empfohlen, daß die Zahlstellen das Buch vom DGB, "Wirtschaftsdemokratie", bestellen und den Funktionären übermitteln. Der letzte Punkt brachte die Wahlen für den Verbandsbeirat und Gaubeirat. In den Verbandsbeirat wurden gewählt die Kollegen: Vob, Hamburg, Düb-jid, Bremen, Kunz, Kiel, Lübeck, Als Ersahmann O. Peter, Harburg-W.

In den Gaubeirat wurden gewählt die Kollegen: Schmidt, Harburg-W., Maiburg, Lübeck, Walter, Bremen, Wieke, Elmshorn, Heiborn, Elmshorn, Denkmann, Lagerdorf, Frih, Brunsbüttelkoog. Als Ersahleute Friedrichsen, Hensburg, Poffa, Stade.

Es wurde dann weiter beschlossen, auf der am 27. und 28. Oktober 1928 stattfindenden Konferenz für den 11. Bezirk des DGB, den Kollegen Hilpmann als Beisitzer des Bezirks in Vorschlag zu bringen.

Als Ort für die nächste Konferenz wurde Bremen vorgeschlagen und bestimmt.

Weiter wurde in bezug auf die zukünftige Delegation einstimmig beschlossen, daß Zahlstellen bis zu 200 Mitgliedern 1 Delegierten, von 201—2000 Mitgliedern 2 Delegierte, von 2001 bis 4000 Mitgliedern 3 Delegierte, von 4001—6000 Mitgliedern 4 Delegierte entsenden können. — Für je weitere 2000 Mitglieder kann je ein Kollege als Gast hinzugezogen werden. Damit ist allen Zahlstellen entgegengekommen.

Der Verlauf der Konferenz war ausgezeichnet, was auch dadurch zum Ausdruck kam, daß die vom Vorsitzenden, Kollegen Hilpmann, vorgelegte Entschließung über den Verbandstag und Gewerkschaftskongress, wonach sich alle Delegierten verpflichten, nach den Beschlüssen zu arbeiten und zu wirken, einstimmig angenommen wurde.

Schluß der Konferenz 5 Uhr. Otto Hilpmann.

Quartalsversammlung Dresden.

Die am 12. Oktober 1928 im großen Saale des Volkshauses Dresden tagende 3. Quartalsversammlung wies einen recht guten Besuch auf und hatte sich mit folgender Tagesordnung zu beschäftigen: 1. Geschäfts- und Kasienbericht vom 3. Quartal 1928, 2. Beschlusfassung über die Beitragsgestaltung ab 1. 1. 1929, 3. Verbandsangelegenheiten.

Der vom Kollegen Grafe erstattete Geschäftsbericht weist sowohl in der Mitgliederbewegung, als auch in den allerdings in diesem Quartal nicht allzu zahlreich geführten Tarifbewegungen eine Aufwärtsbewegung und Besserstellung der Mitgliedschaft auf.

Trotz vorgerückter Jahreszeit ist im Gegensatz der Vorjahre in den meisten Industriegruppen noch ein guter Beschäftigungsgrad vorhanden, so daß sich die Arbeitslosigkeit in unserem Bereich in durchaus normalen Grenzen hält; in Augen das Vorjahr im gleichen Zeitraum noch einen Rückgang aufweist. In den Industriezweigen, wo Bewegungen geführt wurden, sind sowohl in der Lohnfrage, Ferienfrage und den übrigen Vertragsrechten Erfolge erzielt worden. Zahlreich sind die Differenzen, die vor dem Arbeitsgericht zur Entscheidung gebracht werden mußten. Auch hier sind die Erfolge, die durch Vertretung der Gewerkschaft für die Kollegen erzielt wurden, sehr gute.

Ein recht unerfreuliches Kapitel sind die fortgesetzten Angriffe auf die Rechte der Betriebsvertretungen durch die Arbeitgeber. Ganz besonders ist dies in den Betrieben Mimosa A.-B. und dem Carborandum-Werk Dresden-Klein zu verzeichnen. In beiden Betrieben wird dem Arbeiterrat die Arbeit außerordentlich erschwert. Statt Zusammenarbeit im Interesse des Betriebs und der Beschäftigten wird dort die Auslöschung der Betriebsvertretung mit allen Mitteln geübt. Dazu kommt, daß im Carborandum-Werk Klein ein gelber Werkverein in Form einer Unternehmenseinrichtung von der Firma mit allen Mitteln aufgebauet wird, um Reinigkeit unter die Arbeiterschaft zu bringen.

Eine Hauptaufgabe auch unserer Zahlstelle für die Zukunft wird sein, die Beschlüsse des Verbandstages und Gewerkschaftskongresses in die Tat umzusetzen. Den Organisationsstand zu heben, ist Voraussetzung, um die im Frühjahr eintretenden Bewegungen mit Erfolg durchführen zu können.

Der Weiterbildung unserer Kollegen soll ein Kursus über Arbeitsrecht und Wirtschaftsdemokratie im kommenden Winter dienen.

Auch der vom Kollegen Kuhn erstattete Kasienbericht wies ein erfreuliches Resultat finanzieller Fortschrittes auf. Beitragsleistung sowohl als auch Mitgliederbewegung sind als zufriedenstellend zu verzeichnen.

Diese Berichte lösen eine Debatte nicht aus.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung bearbeitete Kollege Hilpmann die am 1. Januar 1929 auf Grund der Verbandsstags-Beschlüsse erlassene Beitragsregelung und wies darauf hin, daß sie in einem Zirkular an die Mitglieder erlassen wird. Er erbat einstimmig die Zustimmung zu dieser Vorlage durch die Generalversammlung.

Hier zeigt sich wieder einmal deutlich die Minderarbeit der Zahlstellen. Schon Tage vorher hätte man in einer Kräftigung der sogenannten Provision zu dieser Frage Stellung genommen. Dort wurde jedenfalls der Besuch gefordert, gegen diese Vorlage Sturm zu laufen, indem man nicht weniger als zehn Redner verordnete, die teils von einem Sachkenntnis zeugte, die den Fortschritt des Verbandstages unterstützende Vorleser zu befehlen hatten. Der Hauptwortführer, Kollege Schneider, befolgte seine beliebige Pseude-Ordnung, indem er für Beitragsregelung eintrat, die keine Inhabitenunterstützung befohl und als er bei der Abstimmung Farbe bekennen sollte, umfiel. Es hätte ja sonst die einseitige Seite gereicht.

Friedrich wurde durch einige Kollegen dirigiert, daß die von der Ortsverwaltung verordnete Vorleser, nach reichlicher Prüfung dieser Angelegenheit den richtigen Weg einschläge, indem sie für unsere Mitglieder, trotz Einführung der Invaliden-Unterstützung, gewisse Verbesserungen bringen und etwas verdienen. Mitglieder die Wohlfeilheit gebe, Beiträge zu leisten, die mit ihren Verdienen im Einklang stehen.

Die Vorleser der Ortsverwaltung wurde trotz plausibler Gegenargumente mit 2/3 Mehrheit angenommen.

Auch diese Quartalsversammlung hat gezeigt, daß der allgemeine Gewerkschaftlicher Schulung und die Erkenntnis, daß nur die Stärkung der Gewerkschaften die Erfolge bringen kann, welche die Arbeiterschaft erwarten muß, die Oberhand behält. R. Mager.

Gewerkschaftliches.

Internationaler Fabrikarbeiterkongress.

(GWB.) Die am 16. und 17. Oktober in Brüssel abgehaltene Vorstandssitzung der Internationalen Vereinigung der Fabrikarbeiterverbände hat u. a. beschlossen, den nächsten internationalen Kongress am 1. Juli 1929 und folgende Tage in Hannover abzuhalten.

Für die Fünf-Tagewoche.

(GWB.) Das Gewerkschaftsamt der Bauarbeiter New-York verlangt die Fünf-Tagewoche (40 Stunden) sowie eine zehnprozentige Lohnerhöhung. Die Lohnerhöhung soll so sein, daß bei verkürzter Arbeitszeit gleich viel verdient wird.

Literarisches.

Vor dem Sozialistengesetz. Das 195 Oktavseiten starke in Leinen gebundene Buch können die Mitglieder vom Hauptvorstand zum Preise von 1.50 RM beziehen (Ladenpreis 3 RM).

Unter dem Sozialistengesetz. Auch dieses Buch ist vom Hauptvorstand erhältlich. Es ist eine wertvolle Ergänzung zu dem vorhergenannten und kostet in Leinen gebunden 2.80 RM (Ladenpreis 5.75 RM). Diese beiden Bücher geben die Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung in gedrängter Form. Das Beste, das Wesentliche, der Extrakt ist in diesen beiden Werken in vorzüglicher Weise zusammengefaßt. Diese Bücher haben Daseinswert und sollten im Besitz aller Arbeiter- und Arbeiterinnen sein.

Protokoll vom Breslauer Gewerkschaftskongress. Ein für alle Zahlstellen unentbehrliches Nachschlagewerk, ist noch in einer Anzahl von Exemplaren vorhanden und gut gebunden vom Hauptvorstand zum Preise von 3.40 RM zu beziehen.

Gegen den Gebärzwang! Der Kampf um die bewußte Kleinhaltung der Familie! von Emil Hölllein. Mitglied des Reichstages. Zweite vermehrte und verbesserte Auflage. 240 S mit 7 anatomischen Abbildungen. Umschlagzeichnung von Käthe Kollwitz. Preis kartoniert 3 RM, gebunden 4.80 RM, zusätzlich Porto. Zu beziehen vom Verlag E. Hölllein, Berlin-Charlottenburg 5, Horstweg 5. Wenn bei der Fülle der marktreicherisch angelegenen Sexualliteratur ein neues Buch ohne jede kapitalistische Reklame bereits nach wenigen Monaten neu aufgelegt werden muß, kann man sicher sein, daß man ein wirklich gutes Buch vor sich hat, und daß es einem wirklichen sozialen Bedürfnis entspricht. Beides trifft vollständig zu auf Emil Höllleins Werk: "Gegen den Gebärzwang!" Dieses Buch gibt weit mehr, als sein Titel ankündigt. Es schildert nicht nur, gestützt auf blendendes Tatsachenmaterial, die ganze Stufenleiter der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Not der unheimlichen kinderreichen Familien. Es gibt auch — und das ist es, was es so besonders wertvoll macht — erschöpfend Auskunft über alle wichtigen Fragen des Sexuallebens, und nimmt zugleich kritisch Stellung zu allen Mitteln, die die moderne Medizin gegen untragbare Kindersexen kennt. So sind Sozialökonomie und Medizin in ihm in glücklichster Verbindung vereinigt. Weit außerdem in flüssiger, leichtverständlicher Sprache geschrieben, stellt es sich zu einem unentbehrlichen Hand- und Nachschlagewerk für die sexuelle Beratung des Hand- und Kooparbeiters. Auch Inhalt und drucktechnische Ausstattung des Buches zeigen gegenüber der ersten Auflage eine wesentliche Bereicherung. Der Preis ist jedoch der alte geblieben. Wir empfehlen die Anschaffung des Buches, weil es geeignet ist, das Lebensglück der werktätigen Familien zu fördern.

Die Bauhütten, ihre Vergangenheit und Zukunft. Verfasser: Alexander Ornbach in Wien. Verlag Deutscher Bauergewerksbund, Hamburg 25, Wallstr. 1. Der Verfasser gibt in dem Werk einen Überblick über Vergangenheit und Zukunft der Bauhütten und zeigt damit den Weg zum gemeinsamen Aufbau der bauvererblichen Arbeitsorganisation. Aus dem Altertum, aus der Urzeit der Bauarbeit, besonders der Ägypter, Griechen und Römer führt das Buch den Leser über die mittelalterlichen Bauhüttenarbeit, den Untergang der christlichen und weltlichen Bauhüttenbewegung, der Verfalls des Bauhandwerks, das im Mittelalter noch nicht bestand. In der Nachkriegszeit hat die Gewerkschaftsarbeit und der Kampf um die Lebensbedingungen in der Bauarbeiterschaft den Gedanken einer neuzeitlichen, gemeinschaftlichen, bauvererblichen Arbeitsorganisation geweckt. Die daraus hervorgegangene Bewegung führte zur Gründung der gegenwärtigen sozialen Bauvereine. In dem Buche wird dies alles angedeutet geschildert. Zudem weist es auf die Möglichkeiten einer künftigen Entwicklung dieser Bewegung und auf die von den heutigen Bauhütten zu lösenden Aufgaben hin. Die Bauhütten werden zu einem Bestandteil der bauvererblichen Gewerkschaftsarbeit in der Herstellung einer sozialen Produktion, in der die Gemeinwirtschaftlichkeit, das Profitieren immer mehr in den Hintergrund drängt und nach und nach die Oberhand gewinnt. Durch den Deutschen Bauergewerksbund ist das Buch für Gewerkschaftsmitglieder zum Preise von 2 RM zu beziehen. Im Buchhandel kostet es 3 RM.

Die Bauhütten, ihre Vergangenheit und Zukunft. Verfasser: Alexander Ornbach in Wien. Verlag Deutscher Bauergewerksbund, Hamburg 25, Wallstr. 1. Der Verfasser gibt in dem Werk einen Überblick über Vergangenheit und Zukunft der Bauhütten und zeigt damit den Weg zum gemeinsamen Aufbau der bauvererblichen Arbeitsorganisation. Aus dem Altertum, aus der Urzeit der Bauarbeit, besonders der Ägypter, Griechen und Römer führt das Buch den Leser über die mittelalterlichen Bauhüttenarbeit, den Untergang der christlichen und weltlichen Bauhüttenbewegung, der Verfalls des Bauhandwerks, das im Mittelalter noch nicht bestand. In der Nachkriegszeit hat die Gewerkschaftsarbeit und der Kampf um die Lebensbedingungen in der Bauarbeiterschaft den Gedanken einer neuzeitlichen, gemeinschaftlichen, bauvererblichen Arbeitsorganisation geweckt. Die daraus hervorgegangene Bewegung führte zur Gründung der gegenwärtigen sozialen Bauvereine. In dem Buche wird dies alles angedeutet geschildert. Zudem weist es auf die Möglichkeiten einer künftigen Entwicklung dieser Bewegung und auf die von den heutigen Bauhütten zu lösenden Aufgaben hin. Die Bauhütten werden zu einem Bestandteil der bauvererblichen Gewerkschaftsarbeit in der Herstellung einer sozialen Produktion, in der die Gemeinwirtschaftlichkeit, das Profitieren immer mehr in den Hintergrund drängt und nach und nach die Oberhand gewinnt. Durch den Deutschen Bauergewerksbund ist das Buch für Gewerkschaftsmitglieder zum Preise von 2 RM zu beziehen. Im Buchhandel kostet es 3 RM.

Die Bauhütten, ihre Vergangenheit und Zukunft. Verfasser: Alexander Ornbach in Wien. Verlag Deutscher Bauergewerksbund, Hamburg 25, Wallstr. 1. Der Verfasser gibt in dem Werk einen Überblick über Vergangenheit und Zukunft der Bauhütten und zeigt damit den Weg zum gemeinsamen Aufbau der bauvererblichen Arbeitsorganisation. Aus dem Altertum, aus der Urzeit der Bauarbeit, besonders der Ägypter, Griechen und Römer führt das Buch den Leser über die mittelalterlichen Bauhüttenarbeit, den Untergang der christlichen und weltlichen Bauhüttenbewegung, der Verfalls des Bauhandwerks, das im Mittelalter noch nicht bestand. In der Nachkriegszeit hat die Gewerkschaftsarbeit und der Kampf um die Lebensbedingungen in der Bauarbeiterschaft den Gedanken einer neuzeitlichen, gemeinschaftlichen, bauvererblichen Arbeitsorganisation geweckt. Die daraus hervorgegangene Bewegung führte zur Gründung der gegenwärtigen sozialen Bauvereine. In dem Buche wird dies alles angedeutet geschildert. Zudem weist es auf die Möglichkeiten einer künftigen Entwicklung dieser Bewegung und auf die von den heutigen Bauhütten zu lösenden Aufgaben hin. Die Bauhütten werden zu einem Bestandteil der bauvererblichen Gewerkschaftsarbeit in der Herstellung einer sozialen Produktion, in der die Gemeinwirtschaftlichkeit, das Profitieren immer mehr in den Hintergrund drängt und nach und nach die Oberhand gewinnt. Durch den Deutschen Bauergewerksbund ist das Buch für Gewerkschaftsmitglieder zum Preise von 2 RM zu beziehen. Im Buchhandel kostet es 3 RM.

Die Bauhütten, ihre Vergangenheit und Zukunft. Verfasser: Alexander Ornbach in Wien. Verlag Deutscher Bauergewerksbund, Hamburg 25, Wallstr. 1. Der Verfasser gibt in dem Werk einen Überblick über Vergangenheit und Zukunft der Bauhütten und zeigt damit den Weg zum gemeinsamen Aufbau der bauvererblichen Arbeitsorganisation. Aus dem Altertum, aus der Urzeit der Bauarbeit, besonders der Ägypter, Griechen und Römer führt das Buch den Leser über die mittelalterlichen Bauhüttenarbeit, den Untergang der christlichen und weltlichen Bauhüttenbewegung, der Verfalls des Bauhandwerks, das im Mittelalter noch nicht bestand. In der Nachkriegszeit hat die Gewerkschaftsarbeit und der Kampf um die Lebensbedingungen in der Bauarbeiterschaft den Gedanken einer neuzeitlichen, gemeinschaftlichen, bauvererblichen Arbeitsorganisation geweckt. Die daraus hervorgegangene Bewegung führte zur Gründung der gegenwärtigen sozialen Bauvereine. In dem Buche wird dies alles angedeutet geschildert. Zudem weist es auf die Möglichkeiten einer künftigen Entwicklung dieser Bewegung und auf die von den heutigen Bauhütten zu lösenden Aufgaben hin. Die Bauhütten werden zu einem Bestandteil der bauvererblichen Gewerkschaftsarbeit in der Herstellung einer sozialen Produktion, in der die Gemeinwirtschaftlichkeit, das Profitieren immer mehr in den Hintergrund drängt und nach und nach die Oberhand gewinnt. Durch den Deutschen Bauergewerksbund ist das Buch für Gewerkschaftsmitglieder zum Preise von 2 RM zu beziehen. Im Buchhandel kostet es 3 RM.

Die Bauhütten, ihre Vergangenheit und Zukunft. Verfasser: Alexander Ornbach in Wien. Verlag Deutscher Bauergewerksbund, Hamburg 25, Wallstr. 1. Der Verfasser gibt in dem Werk einen Überblick über Vergangenheit und Zukunft der Bauhütten und zeigt damit den Weg zum gemeinsamen Aufbau der bauvererblichen Arbeitsorganisation. Aus dem Altertum, aus der Urzeit der Bauarbeit, besonders der Ägypter, Griechen und Römer führt das Buch den Leser über die mittelalterlichen Bauhüttenarbeit, den Untergang der christlichen und weltlichen Bauhüttenbewegung, der Verfalls des Bauhandwerks, das im Mittelalter noch nicht bestand. In der Nachkriegszeit hat die Gewerkschaftsarbeit und der Kampf um die Lebensbedingungen in der Bauarbeiterschaft den Gedanken einer neuzeitlichen, gemeinschaftlichen, bauvererblichen Arbeitsorganisation geweckt. Die daraus hervorgegangene Bewegung führte zur Gründung der gegenwärtigen sozialen Bauvereine. In dem Buche wird dies alles angedeutet geschildert. Zudem weist es auf die Möglichkeiten einer künftigen Entwicklung dieser Bewegung und auf die von den heutigen Bauhütten zu lösenden Aufgaben hin. Die Bauhütten werden zu einem Bestandteil der bauvererblichen Gewerkschaftsarbeit in der Herstellung einer sozialen Produktion, in der die Gemeinwirtschaftlichkeit, das Profitieren immer mehr in den Hintergrund drängt und nach und nach die Oberhand gewinnt. Durch den Deutschen Bauergewerksbund ist das Buch für Gewerkschaftsmitglieder zum Preise von 2 RM zu beziehen. Im Buchhandel kostet es 3 RM.

Die Bauhütten, ihre Vergangenheit und Zukunft. Verfasser: Alexander Ornbach in Wien. Verlag Deutscher Bauergewerksbund, Hamburg 25, Wallstr. 1. Der Verfasser gibt in dem Werk einen Überblick über Vergangenheit und Zukunft der Bauhütten und zeigt damit den Weg zum gemeinsamen Aufbau der bauvererblichen Arbeitsorganisation. Aus dem Altertum, aus der Urzeit der Bauarbeit, besonders der Ägypter, Griechen und Römer führt das Buch den Leser über die mittelalterlichen Bauhüttenarbeit, den Untergang der christlichen und weltlichen Bauhüttenbewegung, der Verfalls des Bauhandwerks, das im Mittelalter noch nicht bestand. In der Nachkriegszeit hat die Gewerkschaftsarbeit und der Kampf um die Lebensbedingungen in der Bauarbeiterschaft den Gedanken einer neuzeitlichen, gemeinschaftlichen, bauvererblichen Arbeitsorganisation geweckt. Die daraus hervorgegangene Bewegung führte zur Gründung der gegenwärtigen sozialen Bauvereine. In dem Buche wird dies alles angedeutet geschildert. Zudem weist es auf die Möglichkeiten einer künftigen Entwicklung dieser Bewegung und auf die von den heutigen Bauhütten zu lösenden Aufgaben hin. Die Bauhütten werden zu einem Bestandteil der bauvererblichen Gewerkschaftsarbeit in der Herstellung einer sozialen Produktion, in der die Gemeinwirtschaftlichkeit, das Profitieren immer mehr in den Hintergrund drängt und nach und nach die Oberhand gewinnt. Durch den Deutschen Bauergewerksbund ist das Buch für Gewerkschaftsmitglieder zum Preise von 2 RM zu beziehen. Im Buchhandel kostet es 3 RM.

Die Bauhütten, ihre Vergangenheit und Zukunft. Verfasser: Alexander Ornbach in Wien. Verlag Deutscher Bauergewerksbund, Hamburg 25, Wallstr. 1. Der Verfasser gibt in dem Werk einen Überblick über Vergangenheit und Zukunft der Bauhütten und zeigt damit den Weg zum gemeinsamen Aufbau der bauvererblichen Arbeitsorganisation. Aus dem Altertum, aus der Urzeit der Bauarbeit, besonders der Ägypter, Griechen und Römer führt das Buch den Leser über die mittelalterlichen Bauhüttenarbeit, den Untergang der christlichen und weltlichen Bauhüttenbewegung, der Verfalls des Bauhandwerks, das im Mittelalter noch nicht bestand. In der Nachkriegszeit hat die Gewerkschaftsarbeit und der Kampf um die Lebensbedingungen in der Bauarbeiterschaft den Gedanken einer neuzeitlichen, gemeinschaftlichen, bauvererblichen Arbeitsorganisation geweckt. Die daraus hervorgegangene Bewegung führte zur Gründung der gegenwärtigen sozialen Bauvereine. In dem Buche wird dies alles angedeutet geschildert. Zudem weist es auf die Möglichkeiten einer künftigen Entwicklung dieser Bewegung und auf die von den heutigen Bauhütten zu lösenden Aufgaben hin. Die Bauhütten werden zu einem Bestandteil der bauvererblichen Gewerkschaftsarbeit in der Herstellung einer sozialen Produktion, in der die Gemeinwirtschaftlichkeit, das Profitieren immer mehr in den Hintergrund drängt und nach und nach die Oberhand gewinnt. Durch den Deutschen Bauergewerksbund ist das Buch für Gewerkschaftsmitglieder zum Preise von 2 RM zu beziehen. Im Buchhandel kostet es 3 RM.

Oderberg, Mark. Die Auszahlung der Unterstützung an frange und arbeitslose Kollegen erfolgt in Neuenhagen nur des Sonntags, in der Zeit von 10 bis 12 Uhr, beim Kassierer Wih. Binnow, Adlerstr. 3. Die Ortsverwaltung.

Arbeitsmarkt.

Mehrere Kübelmacher und Gehilfen, auf Zylinder eingearbeitet, für sofort gesucht. Angebote sind zu senden an Max Kromeier, Seidenberg 2, R.-L. Altitwiberstr. 31. (494)

Glasmacher für Zylinder, Becher, Konserven und sonstige eingelagerte Artikel, sucht Stellung. Auch auswärts. Angebote an den Arbeitsnachweis für die Glasindustrie Weißwasser (D.-L.), Mustauerstr. 6.

Ein lediger Gehilfe zum Vorstreichern und Möben auf Medizinglasfabrik gesucht. Kostfreie vorhanden. Angebote an das Gewerkschaftsbüro in Penzig (D.-L.), Langauerstr. 35. (492)

Mehrere Glasbläsergehilfen auf Bleikristall sofort gesucht. Lohn nach Tarif. Angebote an Hans Heimann, Glasbläsermeister, Hahnau i. Schle., Ring 14. (493)

Ein tüchtiger, zuverlässiger Sagenmacher, bestens vertraut mit allen einschlägigen Sagenarbeiten, wie auf offene und gedachte Sagen, Wannenbauarbeiten, Feuerreparaturen usw., sucht infolge Betriebsstilllegung sofort Dauerstellung. Angebote unter "S. 183" an den Keramischen Bund.

Gohlglasschleifer, verheiratet, mit allen in der Branche vorkommenden Arbeiten und Gdenschliff vertraut, befehligt, auch Neuerrichtung von Werkstätten zu übernehmen, sucht sofort Stellung. Angebote an den Arbeitsnachweis Döber (D.-L.), Schützenhaas.

Junger Glasmacher, in allen vorkommenden Arbeiten der Gohlglasschleiferei, verheiratet, mit allen in der Branche vorkommenden Arbeiten und Gdenschliff vertraut, befehligt, auch Neuerrichtung von Werkstätten zu übernehmen, sucht sofort Stellung. Angebote an den Arbeitsnachweis Döber (D.-L.), Schützenhaas.

Tüchtiger Presser und Anjänger, in allen Artikeln, wie Akkumulatoren und Wirtschaftsmaschinen perfekt, ev. auch als Aufreißer, sucht passende Stellung. Offerten sind zu richten an Richard Eichardt, Gräfenroda, Friedrichs Gasthof.

Gewübter Spezialglasmacher auf Flaschen, Hand- und Maschinenarbeit, komplette Werkstatt, sucht baldige Stellung. Angebote an den Keramischen Bund, Waldenburg i. Schle., Auenstr. 20.

Ediger Formengießer für Gebrauchsgeschirr, der auch erweichten kann, sucht sich zu verändern. Aufschreiben sind erbeten unter "S. 184" an den Keramischen Bund.

Tüchtiger, lediger Unterglasurmalter für alle vorkommenden Freibandarbeiten, sucht baldige Stellung. Gebl. Angebote sind an den Keramischen Bund unter "S. 182" erbeten.

Verheirateter, gut eingearbeiteter Glasmacher, firm im Bedienen der Schiller- und Aufreißmaschinen, Vorformier- oder Anjänger auf Medizinglasabwägen oder -aufstreifen, sucht sich zu verändern. Angebote erbeten an den Keramischen Bund in Waldenburg i. Schle., Auenstr. 20.

Borgellan- und Glasmacher, auch Spezialist auf Apotheken-Handgefaße, Schilder usw., Brauergehilfen und Geschirr, Stahlplattenmacher (Meier), sucht irgendwelche passende und dauernde Stellung im In- oder Ausland. Gebl. Angebote unter "S. 181" an den Keramischen Bund erbeten.

Tüchtiger Modelleinrichter und Agießer der besseren Geschirr- und Porzellanbranche sucht Dauerstellung. Suchender ist 40 Jahre alt, vertraut mit den neuesten Einrichtungen, auch im Kernedrehen nach Zeichnung oder Muster und im Stapelgießen. War bisher nur in Qualitätsfabriken tätig. Zeugnisse stehen zur Verfügung. Eintritt sofort. Angebote sind unter "S. 183" an den Keramischen Bund einzuenden.

Verlag: Hermann Grunzel, Charlottenburg, Brahesir. 2-5. Verantwortlich für den Inhalt: Edwin Henninger, Charlottenburg, Brahesir. 2-5.

Druck: E. Zanzigewski, Berlin SO 26, Elisabethufer 28/29.